

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Klein-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Dienstag, den 8. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

Deutschland, England und die Welt- politik.

Seit einiger Zeit gefallen deutsche und englische Kapitalistenblätter sich in dem frivolen Sport, die öffentliche Meinung beider Länder gegeneinander aufzuheben und sich gegenseitig allerlei Invektiven zu sagen. Von englischer Seite wird die deutsche Presse der künstlichen Stimmungsmache für die Boeren durch Verbreitung verlogener Berichte über die südafrikanischen Verhältnisse, der Verdächtigung der englischen Absichten, des Reids auf die englischen Kolonialerfolge beschuldigt; während von deutscher Seite auf gehässige englische Aeußerungen über die deutsche Kolonialpolitik und das Vordringen des deutschen Handels in Asien, auf das Verhalten Englands in der Samoa-Affaire, auf die Beschlagnahme der deutschen Postdampfer hingewiesen wird. Zweifellos, daß gewisse Vorkommnisse, wie die Sympathie-Rundgebungen deutscher Blätter für die Boeren, der scharfe Ton der jüngst vom „Foreign Office“ veröffentlichten deutschen Protestnoten gegen die Dampferbeschlagnahme wesentlich dazu beigetragen haben, die Funken der beiderseitigen Erregung anzufachen; aber diese Wirkung konnte doch nur erzielt werden, weil schon seit längerer Zeit zwischen den kapitalistischen Kreisen beider Länder eine tiefe Verstimmung besteht. Im andern Falle hätten weder die albernen Verhörungen der „Times“ und des „Observer“, noch jene der ihnen kapitalistisch-wohlwärtigen deutschen Propaganda von der Sorte der „Rhein-Beitrag“, der „Samb. Nacht“ u. s. w. willig Gehör gefunden. Und tatsächlich liegen denn auch die Gründe für die gegenseitigen Verdächtigungen, mit denen die englischen und deutschen Organe bestimmter Interessentkreise einander überhäufen, weit tiefer. Sie existieren nicht erst seit gestern, sondern sind in wirtschaftlichen Veränderungen zu suchen, die schon seit etwa zwei Jahrzehnten auf dem Weltmarkt sich vollziehen: Veränderungen, die, wenn sie einerseits den ökonomischen Mechanismus kompliziert und die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Länder von einander vergrößert haben, andererseits auch die Gegensätze verschärft und eine früher nicht vorhandene Rivalität weckten.

Im Licht dieser Thatsachen muß auch die Haltung der Regierungen beider Staaten betrachtet werden. In Maßnahmen und Aeußerungen, die auf beiden Seiten die nationale Empfindsamkeit reizen mußten, hat es weder hüben noch drüben gefehlt; aber im ganzen erscheinen die Regierungen mehr als die Geschobenen, denn als die Schiebenden. Weder das Salisbury-Chamberlainische Kabinett, noch die Leitung der deutschen auswärtigen Politik möchten in Verwahrlohung der wichtigen handelspolitischen und anderer Interessen den Vogen allzu straff spannen. Das englische Kabinett verstand sich erst dann zu einem Vorgehen gegen deutsche Dampfer in den ostafrikanischen Gewässern, als die Heißspornie der englischen kapitalistischen Presse, voran die „Daily Mail“ und die „Times“, lange Erzählungen über die Anteilnahme preussischer Offiziere an den Boerenkämpfen und über die Einschmuggelung von Kriegskontrebande über die Delagoabai gebracht hatten. Und ebenso sucht die deutsche Regierung bei allem sonstigen Entgegenkommen gegen die Verzenwünsche der Kolonialenthusiasten mit England auf leidlichem Fuß zu bleiben, wie ihr Verhalten im Samoa-Konflikt, während der Verhandlungen über die Postdampferbeschlagnahme, und ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Versuchen einer anti-englischen Intervention in die südafrikanischen Kämpfe beweist. Im Gegensatz zu der boerenfreundlichen Gefühlspolitik, die vor drei Jahren in dem bekannten Kaisertelegramm an Krüger ihren Ausdruck fand, fehlt es heut nicht an Anzeichen dafür, daß der Leitung der deutschen Auslands politik die verschärfte Tonart gegen England, die kapitalistische Blätter sich leisten, keineswegs gelegen kommt. Die in den offiziellen Blättern während der letzten Monate mehrfach erschienenen Warnungen vor anti-englischer Demonstrationspolitik, die geflüsterte Betonung des Interesses, das Frankreich an einer englisch-deutschen Entzweiung hätte, verraten in Form und Inhalt deutlich ihre Herkunft von gewisser Stelle. Wenn trotzdem zur Begründung der Flottenvorlage Englands Rivalität und seine Beschlagnahme deutscher Postdampfer ausgespielt wird, so nur, weil es andre Gründe, die gleichermaßen auf die kapitalistischen und Kleinbürgerlichen Schichten zu wirken vermöchten, nicht giebt. Mit der Kolonialpolitik der Franzosen in Madagaskar oder den Erfolgen der Russen in Centralasien lassen sich beim besten Willen die Geschwäbeporderungen nicht begründen. Allenfalls läßt sich die bessere oder schlechtere Position Auslands oder Frankreichs für die Forderung neuer Land-Regimenter verwerten, und sicherlich wird, wie schon früher, auch bei den nächsten Militärforderungen die russische oder französische Gefahr wieder als Motiv herhalten müssen, aber als Begründungsobjekt zur Flottenvorlage nimmt sie sich doch gar zu albern aus. Und so bleibt als halbwegs plausible Grund nur die unserm Augenhandel durch England drohende Gefahr. Die provokatorische Rückwirkung dieser Motivierung auf England wird dadurch allerdings nicht vermindert.

Die Verhörung, die von beiden Seiten getrieben wird, geht — das kennzeichnet sich schon durch die Presse, die sie vornehmlich pflegt — von bestimmten kapitalistischen Interessen-

liquen aus. Auf deutscher Seite gefeilt sich außerdem noch der Chorus des feudal-antifeminitischen Agrariertums hinzu, das instinktiv in England den Industriestaat und Repräsentanten bürgerlicher Selbstverwaltung haßt. Doch nicht ohne Ursache stellen sich heute jene am deutschen Exporthandel beteiligten Kapitalisten sowie die Mitglieder der Hochfinanz England feindlich gegenüber, die noch vor wenigen Jahren für englisches Wesen und englische Wirtschaftsgrundsätze in oft geradezu lächerlicher Weise schwärmten, und ebensowenig sind jene neueren Betrachtungen der englischen Literatur über die Notwendigkeit einer Abwehr der deutschen Handelsrivalität oder die Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Interessenverbands Englands mit seinen Kolonien und einer Abgrenzung seiner sogenannten Interessensphären aus Längeweile entstanden. Es sind thatsächlich, wie schon gesagt, in den letzten beiden Jahrzehnten wirtschaftliche Veränderungen erfolgt, welche die Beziehungen beider Teile zu einander wesentlich anders gestaltet haben; und nur aus diesen Veränderungen heraus läßt sich die Situation begreifen.

Die Art der Kolonialpolitik sowie überhaupt die Methode der Exploitation, durch welche ökonomisch starke die schwächeren Länder auszubeuten suchen, hat in den letzten Jahrzehnten mehrfach gewechselt. Sehen wir auf das Mittelalter zurück, so finden wir als Ziel der Handelspolitik der damaligen seehandelstreibenden Mächte, der italienischen Stadterpublikan, der Hanja, Portugals, Hollands, die Sicherung bestimmter Handelsmonopole. Das Bestreben war, durch Anwendung von Gewalt oder künstlichen Beschränkungen ein Handelsverkehrsmonopol mit bestimmten Märkten zu erlangen, andre Mächte von diesen Märkten auszuschließen. Als dann nach der Entdeckung Amerikas Spanien sein großes Kolonialreich begründete und Holland im indischen Archipel große Besitzungen gewann, gefielte sich zum Handelsmonopol das Kolonial- und Encomienda-System, kein fremdes Schiff durfte in den Häfen der neueroberten Kolonien Handel treiben; ja es wurde, um bestimmte Monopolmärkte zu begünstigen und ein Entgegenhandeln gegen die Verkehrsverbote zu hintertreiben, zu den sonderbarsten Verfügungen gegriffen. So war beispielsweise im siebzehnten Jahrhundert der Handel zwischen China und dem spanischen Amerika nur über Manila und Acapulco gestattet, und zwar durfte Ein- und Ausfuhr eine bestimmte Höhe nicht übersteigen; einestheils um dem Handel hohe Profite zu sichern, andernteils um der Warenausfuhr aus dem spanischen Mutterlande keine Konkurrenz zu machen. Daneben wurden die Eingebornen der Kolonien gezwungen, bestimmte Naturaltribute an die Kolonialverwaltungen zu leisten, für diese bestimmte Ländereien zu bebauen, oder es wurden auch, wie z. B. in Amerika, den Ansiedlern der eignen Nationalität, den Gesellschaften und Missionen große Landbestimmungen mit den darauf angelegenen Eingebornen als Pfänden (Encomiendas) überlassen. Kleinstufige Handelsmonopole und Tributleistungen führte auch England in seinen indischen und amerikanischen Kolonien durch. Der Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika führte jedoch eine Aenderung herbei. Es zeigte sich und wurde weiterhin durch die Kämpfe Spaniens mit seinen amerikanischen Besitzungen bestätigt, daß eine von Weihen bewohnte Kolonie nicht in voller wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Mutterlande zu erhalten sei, daß ihr eine gewisse Selbständigkeit gewährt werden müsse. England räumte seinen Kolonien immer weitere Zugeständnisse ein, nur in den Besitzungen der Ostindischen Compagnie blieb das ältere Kolonialbeherrschungssystem in Gebrauch und besteht dort bekanntlich teilweise heute noch.

Aber es war nicht allein der Verlust der Neu-England-Staaten, der den Umschlag bewirkte. War früher die Einfuhr und der Handel mit den Kolonialprodukten die Hauptsache gewesen, so erlangte nun, als sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts in England die Grobindustrie zu entwickeln begann, die Ausfuhr die größere Bedeutung. Es galt Absatzmärkte für die Erzeugnisse der nationalen Industrie zu gewinnen. Die Kolonien sollten zu solchen aufnahmefähigen Absatzgebieten werden. Dem stand jedoch ihr feudaler Zustand, die Herabdrückung der Eingebornen zu konsumunfähigen Sklaven, die Herausbildung einer Art Pflanzaristokratie entgegen. Das alte Kolonialsystem mußte deshalb gebrochen, die Konsumfähigkeit der Kolonien gehoben werden. Derselbe industrielle Liberalismus, der in England für die unbeschränkte Ausnutzung des Arbeiters, für die zwölfstündige Arbeitszeit neunjähriger Kinder in den englischen Fabriken eintrat, entwickelte sich zum Kolonial-Philanthropen, der für die Menschenwürde und die Hebung der Eingebornen in den Kolonien schwärmte. Im Jahre 1838 hob England die Sklaverei in seinen Kolonien auf; die Arbeitszeit der erwachsenen Regier wurde während der Uebergangszeit durch die Emancipationsakte auf 45 Stunden pro Woche, also 7 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt.

Die englische Industrie und mit ihr der englische Exporthandel erlangten indes bald nicht nur in den eigenen Kolonien eine Art Absatzmonopol, sondern überall in der ganzen Welt. Die Grobindustrie Deutschlands, Frankreichs steckte noch in den Kinderschuhen; die nordamerikanische Union kam überhaupt nicht in Betracht. Der deutsche Seehandel war größtenteils Handel mit England, den nordischen Reichen und mit den Niederlanden. Der überseeische Handel wurde nur selten direkt betrieben; er ging meist über England oder Holland. Aus dieser damaligen Stellung Englands auf dem Weltmarkt

erklärt sich einerseits die Sympathie des hanseatischen Kaufmanns für England in den dreißiger bis sechziger Jahren unseres Jahrhunderts; der hanseatische Handel war in gewisser Beziehung nur eine Fortsetzung und ein Anhängsel des englischen Welthandels; andererseits die kühle Gleichgültigkeit, mit der man in England die englischen Kolonien betrachtete. Schon in den dreißiger Jahren tritt mehr und mehr die Ansicht hervor, der Kolonialbesitz sei nutzlos; er verurache nur Scherereien, nötige zur Unterhaltung einer Kolonialarmee, stärke die Bureaucratie und die feudal-aristokratischen Elemente im Staatswesen. Also weg mit den Kolonien! Abjaß für seine Industrie-Erzeugnisse finde England in fremden Staaten ohnehin; die Kolonien seien, wie Benjamin Disraeli sich 1852 ausdrückte, nur „Mühlsteine“ um den Hals des englischen Volks.

Mit der industriellen Entwicklung Deutschlands und der Vereinigten Staaten und ihrer daraus hervorgehenden Konkurrenz auf dem Industriemarkt, änderte sich bei den industriellen Kapitalisten Englands auch die Werthschätzung der Kolonien wieder. Nicht nur auf fremden Gebieten, auch auf den englischen Kolonialmärkten selbst drang der deutsche und amerikanische Konkurrenz vor und deutsche und amerikanische Schiffslinien drängten englische rivalisierende Linien völlig zurück. Während der deklarierte Wert des Totalerports englischer Erzeugnisse nach den englischen Kolonien 1880 gleich 76,8 Mill. Pfd. Sterl. betrug gegen 51,8 Mill. Pfd. Sterl. in 1870, also um 24 1/2 Millionen höher stand, stellte sich der Wert 1890 nur auf 87,4 und 1897 gar nur auf 80,7 Mill. Pfd. Sterl., und zwar obgleich die Gesamteinfuhr der Kolonien fortwährend stieg. So begann denn zu Anfang der achtziger Jahre im freihändlerischen England der Gedanke eines Zollverbands Englands mit seinen Kolonien, d. h. der Begünstigung der englischen Industrie auf den kolonialen Märkten, Wurzel zu fassen. Schon 1884 entstand in London die „Imperial Federation League“, die Bewegung blieb jedoch auf engere kapitalistische Kreise beschränkt; erst seit 1895, besonders aber unter dem Einfluß der jetzigen südafrikanischen Kämpfe, gewinnt der sog. Imperialismus, die Idee eines geschlossenen, dem Ausland gegenüber als Einheit auftretenden britischen Empires, an Boden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai.

Der Reichstag

widmete zwei Stunden seiner Montagssitzung den Agrariern und ihrer unerschämten Gahgier. Es handelte sich um die zweite Lesung des Gesetzes betreffend Postdampfer-Verbindungen mit Afrika. Also Dampfer-Subvention. In dem Gesetzentwurf, der von der Kommission unüberändert angenommen worden ist, hatten die Agrarier in Gestalt einer Resolution die Forderung eingeschmuggelt — oder richtiger der schwachen Regierung abgepreht —, daß die zu subventionierenden Dampfer „keine landwirtschaftlichen Produkte des Auslands, die mit dem der deutschen Landwirtschaft konkurrieren“, nach Deutschland einführen dürften.

Das Wort „Dampfer-Subvention“ erweckt in jedem von uns die Erinnerung an heftige Kämpfe innerhalb der Partei. Das war vor 15 Jahren. Die einen meinten damals, als Zubehör zur Kolonialpolitik sei die Dampfer-Subvention principiell zu verwerfen, während die andern in der Dampfer-Subvention eine Unterstützung des Handels sahen, der man nicht entgentreten könne. Damals kam auch eine Einigung nicht zu stande und bei der Abstimmung war die Partei gespalten. Diesmal war alles einig. Daß die Dampfer-Subvention der Kolonialpolitik dient, ist jetzt nicht mehr zu bezweifeln, und da sich hier mit der verwerflichen Kolonialpolitik noch die ebenso verwerfliche, und denselben niederen Motiven entflammende Brot- und Fleisch-verteuerungspolitik vereinigt, so war unsere Ablehnung selbstverständlich. Unsern principiell negierenden Standpunkt entwickelte Genosse Klees, während im Lauf der Debatte Genosse Debel den tollsten Widerspruch hervorhob, der darin liegt, daß man einer Vorlage, die angeblich den Handel fördern soll, eine Resolution zur Beschränkung des Handels mit auf den Weg giebt. Der Süßermann Arendt, der nebst dem sächsischen Oertel die Sache des agrarischen Großgrundbesitzes vertrat, erregte das stürmische Gelächter des Hauses, durch den in seinem Mund unsagbar komischen, an den Freihändler Brömel gerichteten Vorwurf: was derselbe — Brömel — gesagt habe, das hätte er — Arendt — schon vorher gewußt. Als ob Arendt je etwas geschriebe oder geredet hätte, was man nicht schon vorher — allerdings in etwas besserer Form — auswendig gewußt hätte!

Nachdem das Dampfer-Subventions-Gesetz mit allen gegen unsere Stimmen, und die Resolution mit allen gegen unsre und die Freisinnigen Stimmen beschlossen und durch die Ungeschicklichkeit des amtierenden Vicepräsidenten Frege die allgemein gewünschte Erledigung auch der dritten Lesung verjagt worden war, wurde die zweite Lesung der Unfallgesetz-Novelle wieder aufgenommen. Es ging sehr langsam. In drei Stunden wurden genau drei Paragraphen mit Zubehör — § 8 bis § 10 (a, b und c) fertig gestellt; und zwar, mit Ausnahme eines einzigen Punkts, wo auf Köstlers Antrag eine kleine Verbesserung durchging, ganz in der Fassung der Kommission.

Unsre Anträge, die auf Erlangung günstigerer Bedingungen für die Verletztten und deren Familien abzielten, wurden alleamt abgelehnt. Freilich war dies auch das Los mehrerer Verschlechterungsanträge der Herren von Nichthofen, Stumm, Lehrte, namentlich des menschenfreundlichen, von „echt christlicher Liebe“ diffinierten Antrags, sogenannte Gewohnheitsstraffen ihrer Freiheit zu berauben und in die Acht zu erklären. Auch die Verträge, den Bezug einer höheren Gesamtsumme an Rente als der Lohn betrug, zu verbieten, scheiterten, nachdem der zahn und mürb gemordene Centrums-Ministerarbeiter Stöbel ihn in meinerlicher und Genosse Mollenbühr in kräftiger, das Niedrige und Inhumane der Forderung nach Gehilr geißelnder Rede bekämpft hatte. Außer Mollenbühr sprachen unsrerseits noch Hoch und Fischer. Sachsen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr. Nächste Sitzung 1 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Rechnungskammer. Agrarische Interpellation über Transitzölle. Fortsetzung der Beratung des Unfallgesetzes.

Das veraltete neue Flottengesetz.

Die neue Flottenvorlage wird soeben unter Fach gebracht. Nach dem „Plan“, den die Regierung in ihrer Begründung des Gesetzes gab, sollen die in ihm geforderten Schiffsbauten binnen 20 Jahren vollendet sein. Irgend welche Bindung ist aber nicht vorgesehen, die erneute Forderungen der Regierung ausschließen oder erschweren könnte; nur der Reichstag ist verpflichtet worden.

Tatsächlich hat nun auch schon die Agitation für neue Flottenvermehrungen begonnen. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um die vom Centrum jetzt gestrichenen Auslandskreuzer. Deren baldige Nachforderung und Bewilligung gilt als selbstverständlich. Nein, auch die verdoppelte Schlachtklasse von vier Geschwadern genügt nicht mehr. Die Dieferantenblätter haben das schon immer gesagt. Jetzt läßt sich in der Wiener „Zeit“ ein preussischer Offizier ähnlich hören. Ausgehend von der Bismarckschen „Anstandsflotte“ schildert der preussische Offizier die neuere Entwicklung der deutschen Flotte. Da sagt er:

„Man muß sich nur vergegenwärtigen, was es heißt, eine ganze Flotte einfach verdoppeln zu wollen und dafür rund zwei Milliarden Mark auszugeben; 1898 handelte es sich um noch nicht 400 Millionen für die Flotte, diesmal würde der fünf-fache Betrag verlangt, und auch er wird nicht reichen, denn die leitenden Personen in Berlin werden zweifellos eine fernere Erweiterung zumindest aber auf eine erhebliche Vervielfachung des Baues der Flotte drängen, nachdem sie nun unter Fach und Sach ist; das Letztere ist ganz unvermeidlich. Umso bedeutsamer ist es, daß der Reichstag unter diesen Umständen so wenig Schwierigkeiten gemacht hat.“

Durch ein monatelanges Coullspiel hat das Centrum im Volk die Meinung zu erwecken versucht, als ob es ernstlich gegen die übermächtigen Flottenansprüche kämpfte. Der preussische Offizier bestätigt die lächerliche Nichtigkeit der „Schwierigkeiten“, die das Centrum trügerisch aufwarf.

Auch über die Absichten des neuen Flottenministeren sagt der Offizier recht offenkundiges Beherzigendes:

Die Verhältnisse haben sich seit der (früher Flotte nur zwecks Schutzes gegen Frankreich und Rußland) geändert. Die Begründung der Flottenvorlage von 1900 spricht beherzlich nur immer von der „guten Seemannschaft“, gegen die es die deutschen Küsten und Meere zu sichern gelte — sie lehrt also ihre Spitze unverhüllt gegen England. Man kennt die Ursachen. Während vor zwei Jahren offiziell beruhigend versichert wurde, Deutschland könne niemals daran denken, eine Flotte ersten Ranges zu besitzen, wie sie die alten Seemächte England und Frankreich haben, zwingt die Entwicklung des englischen Imperialismus denn dazu, die Möglichkeit eines Bruchs mit Großbritannien läßt und fest ins Auge zu fassen, und sich darauf einzurichten durch Schaffung einer Flotte ersten Ranges.“

Der preussische Offizier verhehlt sich nicht, daß die Konkurrenz mit der englischen Flotte keine geringe Sache ist. „Nach dem neuen Flottenplan“, sagt er, „soll die deutsche Flotte 38 Linienschiffe zählen; selbst wenn sie diese heute hätte statt 1920, würde sie der englischen noch nicht gewachsen sein, im Jahre 1920 jedoch wird England zweifellos seinerseits wieder bedeutende Fortschritte gemacht haben und der deutschen Flotte sehr erheblich überlegen sein.“ Andererseits hofft der preussische Offizier, daß infolge des neuen Flottengesetzes die deutsche Marine technisch sowie bezüglich der Personalfrage in die Lage kommt, „mit den großen Seemächten zu konkurrieren anfangen“ zu können. „Das war ihr zur Zeit, wo sie eine „Anstandsflotte“ war, einfach nicht möglich, jetzt wird es möglich werden, und darin liegt unser Erachtens die Bedeutung des Flottengesetzes von 1900, das, wie schon bemerkt, zweifellos sehr bald weitere Novellen erleben wird.“

Solche Aussichten eröffnet der preussische Offizier in einer ausländischen Zeitschrift als Anonymus. Bald werden unsre Lirpke dasselbe Lied singen.

Deutsches Reich.

Die gräßliche Flotte scheint jetzt den Agrariern minder un-schön, seitdem die Vorke zu einer kleinen Beitragsleistung genötigt worden ist. Dagegen sind die börsenamtlichen Wasserspekulanten stark abgestäubt. Die Börse und Handelskammer petitionieren gegen die neuen Steuern und selbst der „Hamburger Korrespondent“ bläst den Abg. Freye gnädig an, weil er sich für einen Stempel auf Schiffstradbrücke erklärt.

In der That, die Agrarier können zufrieden sein: Ihnen schwimmt auf der Flotte ein erprobter Getreidezoll zu, und die Freunde der Exportpolitik werden zu den Kosten gelind herangezogen. Die nahen Leute, die von der Flottenpolitik eine Niederdrückung der Agrarier erwarteten, werden nun, sofern sie noch belehrbar sind, diesen Wahn aufgeben.

Ein neues Sozialistengesetz, das sich durch große Einfachheit auszeichnet, hat der Reichstag kürzlich erlassen und in einer Leipziger Versammlung zum besten gegeben. Er malte mit feurigen Farben die sozialdemokratische Gefahr und ängerte:

Heute zählt die Sozialdemokratie schon über 2 Millionen Anhänger, in 30—40 Jahren wird sie sich verdoppeln, wenn nicht Schritte dagegen getan werden. Die Kerle muß man aber an die Wand drücken, daß ihnen die Schwarte macht. Die Sozialdemokraten unternehmen die zahllosen Streiks; die Juden veranlassen die Arbeiter hierin, um sie an den Gedanken des Völschens zu gewöhnen. Das zeigt ja auch der sächsische Kohlenarbeiterstreik. Die Arbeiter werden immer frecher und unerschütterter und wissen nicht mehr, was sie wollen. Es kann kommen, daß alle Kohlenarbeiter in Deutschland streiken und wir nicht wissen, womit wir uns heute heizen und unsere Suppen kochen sollen. Das muß zu einem Zusammenstoß mit der Regierung führen, bei dem Hunderttausende tot bleiben. Wenn ich die Macht hätte, dann würde ich bei dem nächsten Streik ein paar Bataillone Soldaten anrücken und die Kerle zusammenzuschlagen lassen. Es müßten eiserne und drakonische Gesetze gegen die Sozialdemokratie geschaffen werden. Wenn es nach mir ginge, so würde ich folgendes Gesetz vorschlagen:

1. Die sozialdemokratischen Führer werden ausgewiesen.

2. Die sozialdemokratische Presse hört auf, zu erscheinen.

3. Das Versammlungsrecht ist für die Sozialdemokratie aufgehoben.

4. Die sozialdemokratische Partei hat aufgehört zu existieren.

Mit diesen 4 Paragraphen ist allerdings das Problem völlig gelöst. Man sollte endlich den Dreischraffen zum Kanzler machen. — Der Lam's. —

Deutsch-englische Freundschaftsbezeugungen. Im August, wenn vielleicht die südafrikanischen Boeren ihren letzten Widerstand leisten, wird der deutsche Kaiser nach England gehen. Der Kronprinz soll ihn, wie jetzt mitgeteilt wird, begleiten, und aus der Hand der Königin Viktoria den Hofenhandorden in Empfang nehmen. Der Herzog von York überbrachte zur Grobjahrstagsfeier dem Kronprinzen „ein sehr herzliches Handschreiben“ der englischen Königin und eine massige silberne Spende.

Ferner wird berichtet: Kaiser Wilhelm gratulierte dem Prinzen von Wales telegraphisch, daß er in Kenmore mit dem Pferd „Diamond Jubilee“ den 2000 Guineen-Preis gewonnen. Die „Birmingham Post“, die diese Meldung bringt, sagt hinzu, der Kaiser habe dem Prinzen nie zuvor zu einem sportlichem Erfolg gratuliert, auch nicht damals, als der Prinz 1896 mit dem Pferd „Perfection“ das Derby gewann.

Wenn die Freundschaft der deutschen und der englischen Dynastie so gefestigt ist, daß auch Sportersfolge die gegenseitige Teilnahme erregen, warum dann die gewaltigen Flottenrüstungen der beiden Nationen gegen einander? —

Feldmarschall-Kaiser. Es wird berichtet: Nachdem der Kaiser den General-Obersten Grafen Waldersee zum General-Feldmarschall ernannt hatte, wandten sich der General-Feldmarschall Prinz Albrecht von Preußen, als der älteste General der Armee, sowie der Chef des Militär-Kabinetts, General der Infanterie von Sahlke, im Namen der Armee mit der Bitte an Kaiser Wilhelm, doch auch selbst die Feldmarschallwürde anzunehmen. Die kaiserliche Entscheidung über diese Bitte soll unmittelbar bevorstehen. —

Nur immer dreist. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der parlamentarische Mitarbeiter der Königsberger Hartungischen Zeitung“ will wissen, daß für die neuen Handelsverträge im Einvernehmen mit Rußland ein Roggenzoll von 4 M. und ein Weizenzoll von 6 M. in Aussicht genommen sei. Daß ein solcher Roggenzoll viel zu niedrig wäre, liegt auf der Hand.“

Das Pararierblatt glaubt natürlich selbst nicht an die feste Einsicht der „K. S. Stz.“, daß Rußland sein Einvernehmen mit einer Erhöhung des deutschen Roggenzolles beklundet habe. Aber es benutzt auch die Gelegenheit dieser Faktorenmeldung gern zur Behauptung seiner zugestimmten Brotvermehrungs-Begierden. —

Petitionen. Dem Reichstage ist das siebzehnte Verzeichnis der eingegangenen Petitionen zugegangen. Daraus ist zu ersehen, daß in der gegenwärtigen Tagung dem Reichstage bereits mehr als 28 000 Petitionen zugegangen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine große Zahl von Petitionen mehrere hundert, viele sogar über tausend Unterschriften tragen. —

In der „Hansestadt“ Köln hat nach den ins Land hinausbekommenen Berichten der Flottenkommission am Sonntagabend in einem in Gärzönich veranstalteten Festschlüsser „Höhepunkt“ erreicht. Beigeordneter Pieca hielt eine Ansprache, in der er das kaiserliche Wort „navigans necesse est, vivere non est“ (Segeln ist nötig, leben nicht, eine Flottenpoterole, deren bittere Wahrheit gerade die Mannschaften der wenig feilschichtigen Torpedoboote zu würdigen wissen) paraphrasirte, und die in die den beschränkten Unternehmungsverstand zum politischen Prinzip erhebende Aufforderung anstieg, dem Kaiser durch Die und Dönn zu folgen. Als die Begeisterung den Zenith erklommen hatte, wurde folgendes originelle Telegramm angenommen:

„Leber tausend Bürger der lebensfrohen Hansestadt Köln mit den Offizieren und Mannschaften von Sr. Majestät Torpedoboote der Rheindivision, zum Gesehrum verziert, baldigen Jubelnd ihren Kaiser als dem Donnerträger, der mit starker Hand die stolze deutsche Flagge hinaus trägt über die Meere, zur Ehre und zum Segen des deutschen Völs.“

Die Kommerzierenden müssen sich bei Abendung des Telegramms allerdings in sehr gehobener Stimmung befinden haben. Das Petonen der weinfröhlichen Lebenslust im Stadium der dritten Flotte steht denn doch in einem allzu starken Kontrast zu dem gladiatorenhaften Fatalismus des „vivere non est“. Und die Reichsherrlichkeit der guten Stadt Köln, deren ohnehin kümmerliche Refle von der Sturmwooge der großen Revolution hinweggespült worden, liegt bereits um mehr als ein Jahrhundert zurück. Dafür genießt aber Köln den auch in diesen Tagen neu verlebten Ruf, den Karneval zu einer in Deutschland konkurrenzlosen Spezialität ausgebildet zu haben. —

Flottenseuerwerk. Aus Köln wird vom 7. Mai gemeldet: Gestern abend nach Eintritt der Dunkelheit führte die Torpedoflottsche Signal- und Beleuchtungsmanöber aus. Während des interessanten Schauspiel hielten dichtgedrängte Menschenmassen die Seiden und belbe Ufer des Rheins besetzt und folgten mit Spannung den fesselnden Vorgängen auf dem Strom, über dessen Spiegel sich Lichtflut um Lichtflut ergoß. Leuchtende Farben, effekte erfüllten die Luft und lautend fliegen die Raketen bis hoch über die Spitzen des Doms empor, der zeitweilig von einem Strahlenmeer umflutet schien.

Wenn diese pyrotechnische Flottenreflekte sich als zugkräftig erweisen sollte, so könnte man ja unsre Marinefeuerwerke einmal eine Tournee durch ganz Deutschland unternehmen lassen. Statt der etwas schwer zu transportierenden Torpedoboote hätten es vielleicht auch einige Paosen; das „frei machende“ Meer könnte bei einiger patriotischen Phantasie jeder mit einigen Kilogramm Seesalz versehete Entenpuhl darstellen. —

Ein neuer Bundesgenosse der Seingemäuer. Zu einer argen Blasphemie hat sich ein Heizegardist hinreisen lassen. Zu Gunsten des Heizegesetzes hat sich nämlich ein wachstendes Centrumsblatt, das „Bamberger Volksblatt“, folgende Abschwärzung geleistet: „Gerade Gott selber ist der erste gewesen, der eine lex Heize ergießt, denn die Bibel sagt: „Und Gott der Herr machte Adam und seinem Weib Gewänder von Fellen und Leidele sie.“

Der Verfasser dieser Albernheit würde als Schöpfer des Paradieses wahrscheinlich dem schämigen Paar gleich ein Postfell haben wasfen lassen. Und zwar auch nach seinem Ebenbild. —

Wasserstielestische Flotteneuhustanen. Nach der liberalen Korrespondenz sollen auch die Wasserstielest allemäßig von der Seefrankheit befallen werden. Nach Mitteilungen aus Süddeutschland ständen dort — und namentlich im Grobherzogtum Baden — die völsparteilichen Kreise keineswegs durchweg auf dem ablehnenden Standpunkt der freisinnigen Volkspartei. So heiße es in dem Briefe eines Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei unter andern wörtlich:

„Ich meinedeils laur die Haltung, welche die freisinnige Beteiligung in der Kommission angenommen hat, nur billigen und habe wiederholt einer flottenfreundlichen Auffassung Ausdruck gegeben.“

Das scheint ja, als ob die Zerschnürung in der liberalen Linken fast eben soweit gediehen sei, wie im Jahre 1893 bei der damals noch geimten Adert-Richterschen deutschfreisinnigen Partei.

Klerikale Apologetik der Flottenvorlage. Die Vorkeeren des ein Kreuzritterritterliches Kanonenschristentum predigenden Pastor Raumann haben einen Breslauer Centrumsprofessor nicht schlafen lassen. Unter dem pomphastischen Titel „Seehandel und Flotte vor dem Forum der christlichen Philo-

sophie“ hat derselbe in der „Germania“, allerdings schamhaft verbedt in der wissenschaftlichen Beilage, eine Apologetik der Flottenvorlage und zugleich des schmachvollen Unfalls des Centrums veröffentlicht. Der Philosoph ist allerdings in dem Artikel nichts zu entdecken, es sei denn, daß man so gutmütig sein wollte, die lateinischen Citate aus Augustinus, Thomas von Aquino u. d. d. dafür zu nehmen. Im übrigen enthält der Artikel nur die verschiedensten Wendungen jener Apologetik, durch deren unerträgliches Wiederholen die Flottensprecher sich und ihr phantastisches Publikum in einen Weltnachtöbel zu versetzen sich bemüht haben. Man bewundere selbst die Originalität dieser Expletationen:

„Die Staaten, welche Deutschland aggregiert sind, ohne eine Seelaste zu besitzen, nehmen trotzdem an dem allgemeinen Nutzen teil, der aus dem Seehandel jener deutschen Staaten entspringt, welche sich einer Seelaste erfreuen; sie nehmen auch teil an der Wachtenshaltung des kraftvollen einheitlichen Deutschen Reichs. Und daher haben sich ihre Staatsoberhäupter mit den Landesherren der deutschen Seestaaten vereinigt nicht in dem Verlangen nach einer Zugusflotte — denn jeder Urtus wäre überflüssig und schädlich —, sondern in dem durch alle Umstände gerechtfertigten Auf nach einer starken deutschen Flotte, die dem Schug des deutschen Handels und der Wahrung der deutschen Wachtstellung in der Welt genügt. Das deutsche Volk würde irre gehen, wenn es nicht mehr der wohlgemeinten Sorge und Sorgfalt seiner Herrscher Vertrauen entgegenbrächte. Allein das kann nicht geschehen, auch hier wird die Stimme der Vernunft, nicht die Stimme der Partei siegen, getreu jenem Wort, welches der Einheitsbegeisterung entquoll: Der König rief und alle, alle kamen.“

Ist für den Mann nicht eine Stelle als Flotten-Oberlapuziner frei? —

Parlamentarische Sakalen. In den „Müsch. Neue. Nachr.“ schreibt Prof. v. Sehdel über die Vitt- und Geschäftsgänge von Abgeordneten zu Staatsbeamten.

„Die Abgeordneten haben die Tribüne des Landtags oder sie können ausnahmsweise auch direkt mit den Ministern verkehren, aber auch dann sollen sie nicht mit abgesehenem Genid und gekündeten Anien oder gar mit dem Gut in der Hand in unterhängig erstordender Stellung lagubeln, wie wir schon bekannte geistliche Herren vor Ministern stehen sahen. Mit Ministerialeferenten direkt verkehren, um ihnen für sich oder andre die Erfüllung irgend eines Wunsches zu instandsetzen, ist noch der Regel des parlamentarischen Anstands un-erlaubt, und wenn darum ein Beamter solche Abgeordnete als Schmuser bezeichnete und zur Thür hinauskomplimentierte oder wenn ein anderer Beamter den Abgeordneten keinen Stuhl zum Niederhigen anbot, so haben die also traktierten Abgeordneten kein Recht, sich zu beschwerten. Der stügige Abgeordnete ist jener Herr, welcher sein darüber schweigt, daß ihn ein Ministerialeferent erkläre, er sei als Abgeordneter dazu da, die ungehörigen Handlungen der Beamten zu kontrollieren und nicht dazu, sie zu ungebührigen Handlungen zu bestimmen; der Herr Abgeordnete solle den Leuten draussen nicht versprechen und sich nicht als Makler verbinden, dann brauche er sich in Müschingen nicht zu blättern. Der Herr Deputatus drehle sich um, empfahl sich und schweigt wie ein Grab.“

Auch außerhalb des bairischen Landtags giebt es Parlamentarier, die vor Wonne grünen, wenn irgend ein Geheimrat oder gar Minister an sie ein paar gnädige Worte richtet. —

Eine knaalliche Musteranstalt. Man schreibt uns aus Kresfeld am 6. Mai: Der Postbote Schmy aus Kresfeld wurde vom Schwurgericht zu Müschdorf wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Geschwornen veranstalteten eine Sammlung für die Frau des Verurteilten.

Dieser Postbote war seit dem Jahre 1893 im Postdienst und hatte ein Einkommen von 220 M. pro Tag. Er war Vater von drei Kindern. Zwei andre Kinder waren gestorben. Außerdem hatte er sehr viel mit Krankheiten in der Familie zu kämpfen. Nach und nach hatte er nun 200 M. ans Rot unterschlagen.

Bei einem solchen Einkommen gilt doch das Dichterwort: ... Ihr läßt den Armen schuldig werden, dann überläßt ihr ihn der Pein. ... —

Zum Centrumsunfall. Die „Rheinische Volksstimme“, das bekannte Centrums-Organ, giebt folgende interessante Gegenüberstellung der Centrumsstimmen über die Flottenvorlage zum besten:

„Was der Durchschnitts-Zeitungsleser unsrer großstädtischen Blätter für ein gutmütiger Mensch ist, beweist zur Evidenz die Geschichte der Flottenvorlage. Die belomte Ver. Zeitungsforreip“ für die größeren Centrumsblätter schrieb vor 6 Monaten über die Flottenvorlage:

„Der Meilenplan ist auf unverantwortliche Einflüsse zurückzuführen. ... Der Bundesrat hätte doch einen Ton mitzureden, ehe Deutschland in einen neuen Milliarden- und Konfliktkurs hineinsteuert. ... Unsre Lage kennzeichnet sich so: Die Reichslokomotive fährt unter überhitztem Ressel, die Bremsen sind gebrochen, und den Bremsstellern sind die Hände gebunden. ... So kommt das Blöbliche und Uebermäßige an den Reichstag, wie eine Lokomotive auf dem Frellbod. Der Konflikt ist dann da.“

Die „Köln. Völszeitung“, welche sich rühmt, daß sie sich von der „Berliner Korrespondenz“ die Politik nicht vormachen lasse, schrieb damals:

„Wir wünschen principiell, daß der Reichstag endlich einmal energischen Widerstand leistet. ... Es geht immer ein Stürmen auf den Reichstag los, als solle er abgerempelt oder eingehüchelt werden, und oft beteiligen sich Leute daran, denen an der Sache gar nichts liegt, die sich nur „oben“ beliebt machen und mit irgend einer Specialunert nach der Regierungsbredseite werfen wollen. ... Es ist die ganze Methode der neuesten Art Politik zu machen, die wir in erster Linie bekämpfen und die in uns den Wunsch rege macht, der Reichstag möge endlich einmal der Regierung ernstlich die Rahne zeigen und an einem offenen Konflikt nicht vorbeigehen.“

Jetzt, nach noch nicht sechs Monaten ist die Flotte durch den Antrag Müller-Halbs in einem Umfang bewilligt worden, daß selbst die „Köln. Stz.“ ihren Beifall nicht verjagen konnte. Ueber diesen Antrag Müller schreibt jetzt dieselbe Korrespondenz und dieselbe „Köln. Völs-Stz.“:

„Das Entschlüssete an der gestrigen Beschlußfassung der Kommission ist die einheitliche Stellungnahme der Centrumsmitglieder. ... Im Jahre 1898 ist es bekanntlich nicht gelungen, eine Uebereinstimmung zu erzielen.“

Haben wir nicht recht mit der Behauptung, daß die Flotte der großstädtischen Blätter sehr gutmütige Menschen sind!

Das Schöne an der Sache ist, daß diese Ausführungen von einem Centrumsorgan und nicht von den bösen Sozialdemokraten hervorgeholt worden sind. —

Dresden, 6. Mai. Rummre hat auch die Erste Kammer des Landtags ihren Segen zu der Warenhand- und Konsumvereinssteuer gegeben und den Antrag der Zweiten Kammer mit einer geringen Aenderung angenommen. Wie die Vorlage, wenn sie in zwei Jahren an den Landtag kommt, aber schließlich ausfallen wird, das läßt sich schwer sagen. Die Regierung hält noch wie vor eine Umsatzsteuer für alle Grobbetriebe für den geeigneten Weg, während die Mittelständer in den Kammeren nur die Warensteuer und ganz besonders die Konsumvereine der Arbeiter treffen möchten. Bei dieser Gelegenheit machte Abg. Müller-Oberbürgermeister Peuter Dresden die Mitteilung, daß Dresden auf das Landesgesetz nicht warten, sondern die Sache ortsgiebig regeln werde, doch sollten die Konsumvereine nicht anders behandelt werden wie alle andern Leute, die Geschäfte machen. Dresden wird also schon vorher mit einer solchen Steuer „beglückt“ werden. —

Der geistesgehörte König Otto von Bayern ist seit einiger Zeit auch körperlich erkrankt. Man nimmt an, daß der König einem baldigen Tod entgegengeht. Am Sonntag begaben sich die drei Kuratoren des Königs nach dem Schloße Fürstentrieb, um die Anordnungen zu treffen, die das Befinden des Kranken erfordern. —

Militärische Liebenswürdigkeiten. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Die Klagen über recht unangenehme Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben der dem sogenannten Wehrdienst angehörigen Mannschaften (Reservisten und Landwehrleute) häufen sich immer mehr, seitdem man die Kontrollvorschriften für die wehrfähige Bevölkerung in Württemberg mit einer Reihe von Zugängen ausgestellt hat, in die man sich nur allzu leicht versetzen kann. Es war vorauszu sehen, daß die im vorigen Jahre militärischerseits getroffene Bestimmung, wonach jeder Kontrollpflichtige am 30. oder 31. März jeden Jahres ohne weitere Aufforderung bei der Gemeinde- bzw. Polizeibehörde seines Wohnortes die sogen. Kriegsbekanntmachung abzuholen hat, in diesem Frühjahr anlässlich ihres erstmaligen Inkrafttretens von zahlreichen Beteiligten werde übersehen werden. Man konnte deshalb erwarten, daß die geringfügige Versäumnis bei der Militärbehörde eine milde Beurteilung finden und dementsprechend schlimmsten Falls mit einem Verweis oder einer kleinen Geldstrafe geschlichtet würde. Anstatt dessen fuhr man sofort mit Freiheitsstrafen dreier und vierjähriger in der Stadt Straßburg über nicht weniger als 248 solcher schweren Verbrecher Haftstrafen von je einem Tag. Das Mißverhältnis zwischen der Schwere des militärischen Vergehens und der Härte der Strafe ist ein umso schmerzlicher, als die weitaus größere Mehrzahl der Betroffenen den handarbeitenden Volksschichten angehört, denen der Ausfall eines Tagesverdienstes unter Umständen recht wehe thun kann. Die in Betracht kommende Militärbehörde, das kaiserliche Bezirkskommando Straßburg, hat vor etwa Jahresfrist bereits dadurch einmal die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt, daß sie einige Hundert Reservisten und Landwehrleute in Straßburg nahm, weil sie es unterlassen hatten, bei der Kontrollstelle ihren „Wohnungswechsel“ zu melden, nachdem die von ihnen bewohnten Straßen andere Namen erhalten hatten.

Wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen hatte sich am Montag die Arbeiterin **Amalie Gundel**, geb. Zenger, aus Hamburg vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht II zu verantworten. Die Angeklagte wohnte früher in Neu-Weihensee und soll dort im Januar und März 1894 zu den Frauen **Rühl** und **Kemp** ihren Aerger Ausdruck gegeben haben, daß das Volk die vielen Schutulleute und Gendarmen ernähren müsse. Daran soll sie Äußerungen über den Kaiser und Schimpfworte geäußert haben, welche es zweifelhaft ließen, ob dieselben den Schutulleuten oder dem Kaiser galten. Die beiden Frauen haben merkwürdig lange Zeit gebraucht, um Anzeige zu erstatten. Inzwischen war die Angeklagte verzeihen und wurde wieder erst nach langer Zeit in Hamburg ermittelt. So ist es denn gekommen, daß sich die Erledigung der Sache über sechs Jahre hinzog. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Freisprechung der Angeklagten, weil der Gerichtshof annahm, daß die Beschuldigungen weder sicher in ihren Aussagen noch sonst völlig glaubwürdig seien.

Ausland.

Der „Ritualmord“ in Polen.

Die „**Neue Freie Presse**“ meldet aus Prag: Das Gutachten der Prager medizinischen Fakultät, auf welches der oberste Gerichtshof die Klaffierung des Urteils im **Polnaer Mordprozess** stützt, geht dahin, es sei ausgeschlossen, daß der **Agnes Gruga Blut zum Zwecke irgend einer Verwendung entzogen** worden sei. Das Blut des Körpers sei vielmehr in Kleidern, Haaren, in der Blutlauge sowie im Körper selbst aufgefunden worden. Das Gutachten bezeichnet die **Tat als feguellen Mord**.

Wenn die „**R. F. P.**“ das Gutachten der Prager Fakultät richtig wiedergibt, so wird der Prozess, in dem der Jude **Hänsler** zum Tode verurteilt, zu einem Akt einer so entsetzlichen Leichtfertigkeit, wie man ihn selbst im kaiserlichen Böhmen nicht für möglich halten sollte. Denn in dem Prozess spielte die „**Blutkeere**“ des Leichnams die Hauptrolle, und die lokalen Klerger hatten ihr Gutachten wesentlich auf diese Erscheinung gestützt.

Ein Sieg der Nationalisten.

Nachdem das **Kameradentum** der nationalitätlich-monomarchistisch-republikanischen Regierungsoption vor Eröffnung der Weltausstellung vergeblich versucht hatte, das **Ministerium Waldes-Rouffea**-Witterand zu stürzen, haben sich die Reaktionsparteien mit voller Wucht in den **Kommunalkampfe** geführt. Am Sonntag haben diese Wahlen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts erfolglos stattgefunden. Resultate der Wahl liegen bisher fast nur aus Paris vor. Die Nationalisten behaupteten hier alle ihre Siege und gewannen den **Republikanern** neun Siege ab. 50 Wahlen sind unglücklich, in 30 Bezirken finden nächsten Sonntag Stichwahlen statt. Die nationalitistische Presse jubelt ob der Erfolge ihrer Partei.

Von den Wahleresultaten in der Provinz wird bisher nur bekannt, daß in **Louise, Draguignan, Albi, Vohes** und **Charolles** Radikale und in **Rheims** sozialistische Radikale gewählt wurden.

Welche Mitteilung der Ausfall der Wahlen auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Frankreich ausüben wird, ist auf Grund der dürftigen Nachrichten nicht zu übersehen.

Die Vereinigten Staaten von Australien.

London, den 5. Mai. Die Frage der australischen Bundesverfassung steht noch immer im Vordergrund der Diskussion. Die Delegierten der beteiligten australischen Kolonien — West-Australien sieht, ebenso wie **Neu-Seeland**, zur Zeit noch außerhalb des Bundes — wollen oder können in der Frage des Bundes-Obergerichts nicht nachgeben, und die englische Regierung kann sich nicht entschließen, in eine Verzögerung der Rechtsprechung der höchsten richterlichen Instanz zu willigen. Um den Streitpunkt noch einmal klarzulegen: Der Entwurf der australischen Bundesverfassung, wie er nach langjährigen Verhandlungen in direkter Volksabstimmung von den stimmberechtigten Angehörigen der fünf größten australischen Kolonien gebilligt worden ist, sieht für alle inner-australischen Rechtskonflikte ein australisches Bundes-Obergericht vor, das für solche Konflikte die endgültig entscheidende Instanz bilden soll. Danach würde der Rechtsabteilung des bisherigen Staatsrats ein gutes Stück ihrer Spruchsphäre entzogen, denn bisher fiel es ihr zu, bei Rechtsstreitigkeiten, wo es sich um grundlegendes Rechts- oder Verfassungsfragen handelte, gegebenenfalls als letzte entscheidende Instanz Urteile zu fällen. Dieses Stück Reichshoheit wollen die englische Regierung und die imperialistisch gesinnten Parlamentsmitglieder nicht gern aufgeben.

Es handelt sich dabei wesentlich um die Erhaltung eines der Momente, die den organischen Zusammenhang zwischen Mutterland und Kolonie repräsentieren. An sich liegt nicht allzu viel daran, ob die paar Prozesse, um die sich das handelt, in Australien oder in London endgültig ausgefochten werden. Die Rechtsabteilung des Staatsrats ist eine den wenigsten Engländern bekannte, äußerst schwerfällig arbeitende Körperschaft, und man kann es den Australiern nachfühlen, daß sie die Zeit- und Kostenverschwendung, die mit der Verweisung wichtigerer Entscheidungen an eine über 20 000 Kilometer entfernt sitzende Körperschaft verbunden ist, loszuwerden wünschen. Auch folgern sie nicht mit Unrecht, daß, wenn man ihnen das Recht zurpricht, ihre eigenen Gesetze zu machen, man ihnen das Recht nicht vorenthalten kann, selbst zu entscheiden bzw. durch selbsternannte heimische Richter entscheiden zu lassen, was diese Gesetze betreffen. Die Logik ist sowohl durchaus auf ihrer Seite. Dem gegenwärtigen Zustand der Dinge gegenüber ist ihr Verlangen so rationell wie nur möglich.

Was aber selbst die demokratischeren englischen Imperialisten, oder vielmehr gerade diese, gegen den betreffenden Artikel — er trägt die Nr. 74 — der australischen Bundesverfassung bedenklich stimmt, ist, daß er der von ihnen erstrebten Reform der obersten

Rechtsbehörden Abbruch thut. Ihr Ideal ist eine Vereinheitlichung dieser, unter Heranziehung der Kolonien. Das britische Haus der Lords, aus dessen richterlichen Mitgliedern gerade die Rechtsabteilung des Staatsrats zusammengelegt wird, soll auf diese Weise in einen Reichssenat umgebildet werden. In solcher Umbildung haben die Kolonien aber natürlich ein um so größeres Interesse, je mehr sie haben den jetzigen Instanzen erhalten bleiben. Indem der Artikel 74 der australischen Verfassung diese Aufgaben beschränkt, und er prominent obendrein für den australischen Bund das Recht auf weitere Ablösungen, nimmt er der Bewegung auf Schaffung eines Reichssenats ihre Kraft und stützt er damit die ihr widerstrebenden konservativen und radikalen Elemente.

Auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken der englischen Parteien begegnet nämlich die Idee der Schaffung eines Reichssenats erheblicher Opposition. Die Opposition der Linken wurzelt in der Befürchtung, es könne die Umbildung des Hauses der Lords dieser ehrwürdigen Kammer mehr nehmen als ihre historische Basis, die Erblichkeit der Peerwürde, verträge. Die Radikalen der äußersten Linken aber sehen in der Senatsidee nur ein Produkt des Bestrebens, den Lords eine Verjüngung zu teil werden zu lassen, während ihr Programm nicht auf Reform, sondern auf Aufhebung des Hauses der Lords, auf Abschaffung jeder zweiten Kammer abzielt. Ihnen ist die Politik des Abwärtens, die Lord Salisbury vorigen Montag auf einem Bankett zu Ehren der australischen Delegation verkündete, sehr viel sympathischer als die von Chamberlain auf der einen und Lord Rosebery auf der andern Seite vertretenen Politik der möglichst frühzeitigen Vorwegnahme kommender Entwicklungen. Je länger mit der Umbildung der Reichsinstanzen oder der Schaffung zeitgemäßer Reichsbehörden gewartet wird, um so mehr Zeit und Anlaß haben die Kolonien, durch selbständiges Vorgehen jenen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die anti-imperialistischen oder Klein-England-Radikalen unterstützen daher die australische Delegation in ihrem Widerstande gegen jede Abänderung der australischen Verfassung durch das englische Parlament. Sie gehen hierin sogar fast noch weiter wie die Delegation, von der einige Mitglieder deutlich ersehen lassen, daß sie zwar das Mandat haben, die Verfassung möglichst unbeschädigt durchzubringen, aber den Entwurf doch nicht als absolut unantastbar betrachten. Er ist in einigen australischen Kolonien nur mit geringer Mehrheit durchgegangen, und gerade der Artikel 74 hat in Australien viele Gegner.

Diese Gegnerschaft hat wieder einen stark wirtschaftlichen Grund oder findet in wirtschaftlichen Motiven einen starken Rückhalt. Ein Teil der australischen Kapitalisten, insbesondere die Bankwelt, wünscht die höchste Rechtsinstanz dem Mutterland zu belassen, weil die weitgehende Demokratie der Kolonie dem Eigentum nicht die gleiche Sicherheit gegen konstitutionelle Gesetze oder Gesetzesauslegungen bietet. Vertreter dieser Kreise suchen in Londoner Blättern die Auffassung zu verbreiten, man werde es in Australien nicht nur nicht abelnahmen, sondern im Gegenteil ganz gern sehen, wenn der ominöse Artikel fällt. Daß sie bei Blättern wie die „**Times**“ damit auf willige Ohren stoßen, ist selbstredend.

Die liberalen Imperialisten aber suchen nach einem Mittelweg. Einen solchen erblicken sie darin, daß das Reichsparlament die australische Bundesverfassung bis auf Artikel 74 rückhaltlos, diesen aber bedingt annimmt, gleichzeitig jedoch die Schaffung eines ordentlichen Reichs-Versorgungsgerichts beschließt. Dann solle es den Australiern überlassen bleiben, ob sie zu Gunsten eines solchen den Artikel abändern wollen oder nicht. Der Urheber dieses Vorschlags ist der radikal schottische Abgeordnete **Dalborne**, ein hervorragender Jurist, die Seele des imperialistischen Flügel der liberalen Partei im Haus der Gemeinen. Die Regierung dagegen zaudert, der **Qualmsinn** **Salisbury-Chamberlain** läßt sie, wie es scheint, zu keinem bestimmten Entschluß kommen. Dabei festiert man die australischen Gäste aus Leidenschaft und tauscht mit ihnen Loosere über Loosere auf die Solidarität und den engeren Zusammenschluß von Mutterland und Kolonien aus. Ungeachtet der achttausend Freiwilligen, die Australien nach Südafrika geschickt, läßt sich das reale Vorhandensein solchen Solidaritätsgefühls unmöglich bestreiten, aber es ist zu allen Zeiten leichter gewesen, die Menschen auf dem Schlachtfelde als in den Ratssälen unter einen Hut zu bringen.

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. Die Anklagekammer hat **Syldo**, welcher den Voranschlag auf den Prinzen von Wales machte, wegen Mordverdachts, und die Mitschuldigen **Picret, Susbot und Weire** als Mordhebe bzw. Mitschuldige vor die Geschworenen verwiesen.

Italien.

Zum Raffinaprozess. (Münd. Allg. Blg.) Am 10. Dezember 1890 wurde der Abgeordnete **Palizzolo** in Untersuchungshaft genommen. Seit nahezu fünf Monaten dauert die Untersuchung fort, und die Länge dieser Zeit, verbunden mit der für Italien ungewöhnlich strengen Geheimhaltung der Ergebnisse, hat die seltsamsten Gerüchte gezeitigt. Es fehlt freilich nicht an Spekulation, die meinen, es werde schon der Raffia gelingen, seine Verurteilung zu hintertreiben, auch wenn der Prozess, um die Zeugen dem Druck des Geheimbunds zu entziehen, wie es heißt, in Verona verhandelt wird. Inzwischen fährt aber der Prozess von Palermo, Marsche de Seta, energisch den Kampf gegen die Raffia fort. In der Nacht vom 28. auf den 29. April sind wieder 34 bekannte Mitglieder des Geheimbunds aus ihren Betten geholt und verhaftet worden. Gegen sie alle hatte die Staatsanwaltschaft Verhaftungsbescheide wegen Teilnahme an Vereinigungen mit verbrecherischem Zweck erlassen und noch gegen 16 Andre, die man vorläufig nicht fassen konnte. Unter den Verhafteten sollen sich auch die Mörder der vier Kaiser befinden, deren Leichen man vor zwei Jahren in einem Brunnen fand und die Raffia „hingerichtet“ hatte, weil sie in einem Prozess als Zeugen gegen einen dem Bund angehörenden Kollegen ausfragten. Im ganzen sitzen jetzt etwa 400 Raffiosi in Haft.

Spanien.

Offiziersrevolte in Valencia. Infolge eines von dem „Progreso de Jativa“ veröffentlichten Gedichts begaben sich 70 Offiziere nach Jativa, um Genugthuung zu verlangen. Da sie den Verfasser des Gedichts nicht antrafen, richteten sie in der Druckerei des **Platts** Verkerungen an. Der Generalkapitän hat die Untersuchung über den Vorfall eröffnet. Es erscheint dringend angebracht, daß Spanien, das von den ca. 750 Millionen des Gesamtstaats ganze 1 1/2 Millionen für den Schulunterricht ausbleibt, den **Williäretat** gehörig reduziert, da die Herren Offiziere jetzt nach Verlust der spanischen Kolonien ihren Lebensdraht nicht anders austoben können, als indem sie in **Masse** einen einzeln in Verfall zu überfallen und an ungeschuldigen Buchdruckmaschinen ihren Vandalismus auslassen.

Demonstrationen gegen den Minister des Innern. Als der in Barcelona weilende Minister des Innern am 4. d. im Teatro del Liceo erschien, wurde er mit Pfeifsdörfern begrüßt, in welche sich Zwischenrufe und Pfeisen mischten. Auf Veranlassung des Generalkapitans wurde Gendarmen herbeigerufen, welche die Ordnung wiederherstellte. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Schweden.

Stockholm, 7. Mai. Der Reichstag hat heute in gemeinsamer Abstimmung mit 212 gegen 140 Stimmen die Summe von 4 883 100 Kr. zu Bewilligungen bewilligt, davon 2 147 000 Kr. für nächstes Jahr. Hiermit ist auch die von der Regierung verlangte Summe für die Festung Goben bewilligt. Die Minister wollten die obige Summe für den Ausbau der jetzt schon existierenden Festungswerke bewilligen, nicht aber für die neuen Anlagen.

Afrika.

Vom Ausstand der Mchanti. Die letzte englische Nachricht bestätigt nunmehr im vollen Umfang die Gefährlichkeit der Lage, in der die Engländer in **Kumassi** sich befinden. Eine vom Sonntag, den 6. Mai, datierte Londoner Depesche lautet:

Vom dem Gouverneur der Goldküste sind vom 27. und 30. Apr. und vom 6. Mai datierte Telegramme aus **Kumassi** hier eingegangen, aus denen hervorgeht, daß die Lage sehr ernst ist. Die Zahl der die Stadt einschließenden Mchantis wird auf 10 000 geschätzt. Die Hausstrassen, welche ihr Lager vor der Stadt hatten, waren gezwungen, dieses aufzugeben, und sich um das Fort zu sammeln, dessen Besatzung 858 Mann beträgt, darunter 18 Europäer. Die Auffständigen unternahmen zwei heftige Angriffe, der Kampf dauerte jedesmal drei bis vier Stunden. Die mit den Engländern verbündeten Eingebornen leisteten ausgezeichneten Widerstand. Von den englischen Truppen wurden 2 englische Offiziere verunndet, 4 Hausknechte getötet und 10 verwundet, auch die eingebornen Hülfstruppen hatten einige Verluste. Die eingeborne Gendarmen aus **Logos** traf am 29. April abends nach zweitägigen blutigen Kämpfen in **Kumassi** ein. In diesen Kämpfen wurden 5 Offiziere verunndet, 3 Mann getötet und 150 verwundet. Diese Verluste erfolgten meistens bei der Eroberung einer starken Stellung südlich von **Kumassi**, welche von 8000 Auffständigen verteidigt war. Die letzte Depesche besagt, daß die Auffständigen sich in nur ganz kurzer Entfernung von der Stadt konzentrierten.

Tierisch und Menschlich. Ueber einen in London tagenden Jagd-Kongress liegt man:

Einige von den Mitgliedern des Jagd-Kongresses in London sind hierher zurückgekehrt, weil in den Beratungen eine achtstägige Pause beschlossen worden ist. Die Verhandlungen sind als internationale in französischer Sprache geführt worden, wie auch das von der englischen Regierung vorgelegte Programm französischer Text hat. Schon jetzt unterliegt es keinem Zweifel, daß die Beratungen mit einer allgemeinen Abmachung über den Schutz der jagdbaren Tiere in Afrika enden werden. Im § 1 wird ein Verbot gegen das Abschleichen von Elefanten und Zebras ausgeprochen. Außerdem wird es den einzelnen Kolonialstaaten überlassen, für ihre Kolonien noch besondere Verbote hinsichtlich anderer Tiere zu erlassen. Den Elefanten soll dadurch Schutz gewährt werden, daß genaue Bestimmungen über die Ausfuhr von Elfenbein erlassen werden. Kleine Jagde, die auch nur einen sehr geringen Wert haben, dürfen nicht mehr in den Handel gebracht werden. Die Konferenz war von keinem Staate durch so viele und sachlich berufsene Personen besichtigt worden wie von der **deutschen Seite**.

Gegen das Abschleichen des **Wibes** in Afrika hat sich also ein Kongress zusammengefunden, dessen Beschlüssen man jedenfalls auch nachdrücklich Beachtung zu verschaffen wissen wird. Gegen das Abschleichen der Menschen dagegen haben zwar jetzt erst wieder die **Deutsche Kolonialzeitung** und **Peitiblen** Protest erhoben, ob es aber zu einem Kongress zum Schutze dieses Menschenwildes kommen wird, ist noch zweifelhaft.

Amerika.

New-York, 7. Mai. Der **New York Herald** meldet aus **Guayaquil**: Am Sonnabend wurde ein Vordanschlag auf den Präsidenten von Ecuador, **Alfaro**, ausgeführt. Der Präsident wurde nicht verletzt. Der Thäter wurde verhaftet.

Die gelbe Gefahr macht sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten durch die massenhafte Einwanderung japanischer Kulis sehr unangenehm bemerkbar. Die **„A.M. Blg.“** läßt sich darüber schreiben:

Mit jedem Dampfer, der von den japanischen Häfen nach San Francisco, Seattle im Staate Washington oder Victoria in Britisch-Columbien kommt, finden hunderte von den unscheinbaren, schließlichen Kulis ihren Weg in das Gebiet der Vereinigten Staaten und drohen zu den schon vorhandenen und ungehörigen Massenfragen noch eine neue hinzuzufügen. Die letzte Volkszählung, die mir allerdings schon ein Jahrzehnt zurückliegt, hatte nur 2039 Japaner aufgeführt, eine Zahl, die aber wohl auch damals ebenso weit hinter der Wirklichkeit zurückblieb wie die Angabe, daß nur 107 475 Chinesen im Lande lebten; denn es giebt kaum mehr eine Stadt in der Union, die nicht ihre kleine Chinesenansiedlung besäße, und es sei auch nur ein halb Duzend jener Wälder, die im ganzen Lande fast konkurrenzlos das Wäldchenzerberbe an sich gerissen haben. In der dritten Aprilwoche allein hat der japanische Dampfer „**Nio Jun Maru**“ von der großen Neederer **Rippon Union** **Kosha** in Seattle 600 japanische Zwischenbeder gelandet und gleich darauf im benachbarten Victoria, auf britischem Gebiet, noch weitere 800; der Dampfer „**Goodwin**“ brachte 1100 Kulis aus Tokio und weitere 700 werden mit der „**Oranier**“ erwartet. Damit scheint also die ungeheure Auswanderung, die sich von Japan seit Jahren nach den hawaiiischen Inseln gezogen hat, wo jetzt jeder Dampfer wenigstens tausend neuer Kulis landet, weiter östlich bis zur pacifischen Küste Amerikas vorgeschoben werden zu sollen, und wenn dagegen nicht mit raschen gesetzgeberischen Maßnahmen vorgegangen wird, können sich interessante Dinge ergeben.

Zur Verhinderung der chinesischen Kuli-Einwanderung hat Amerika eine ganze Anzahl territorialer und staatlicher Gesetze erlassen müssen. Ob die Abwehr der japanischen Einwanderung sich so glatt durch eine ähnliche Gesetzgebung erreichen läßt, ist zweifelhaft, da einer solchen erst diplomatische Verhandlungen mit Japan, das einen bedeutenden Abgangsmarkt für Amerika darstellt, vorangehen müssen. Uebrigens sollen die japanischen Arbeiter keineswegs so bedürftig und für die europäische Kultur unempfänglich sein, wie die hinesischen Kulis.

Partei-Nachrichten.

Politisches, Gerichtliches usw.

Grober Unfug. Ein Parteigenosse in **Sachsen** soll 9 M. Geldstrafe bezahlen auf Grund folgenden Strafbefehls:

„Sie haben am 1. Mai 1900 in **Sachsen** groben Unfug verübt, indem Sie zur Verächtlichung der socialdemokratischen Parteiverbündigung sowie der socialdemokratischen Verbündigung zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages in **argernis-** und belogender Weise für einen größeren Kreis der Allgemeinheit eine weiche Fahne mit der roten Zahl 8 zum Fenster Ihrer Wohnung herausgingen, so daß sie von der öffentlichen Straße aus sichtbar war.“

Wer zweifelt daran, daß das grobe Unfug ist?

Der Vorsitzende des Arbeiter-Bildungsvereins in **Pegau** in **Sachsen**, **Genosse Road**, wurde vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen wurde darin erblickt, daß Road zu einer Vorstandsstimmung einige nicht zum Vorstande gehörige Mitglieder hinzugezogen hatte. Damit sollte das Kriterium einer nicht angemeldeten Versammlung gegeben sein.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenheim in Paris. Die Union d'amies des Jeunes Alles (Verein der Freundinnen der jungen Mädchen) hat in Paris, 70 Avenue de Broussail ein Haus gemietet, um den jungen weiblichen Angestellten, die sich während der Weltausstellung in Paris aufhalten müssen, ein Heim zu bieten, wo ihnen jeder Mat, jede Hilfe gewährt werden soll. Das Bureau ist bereits eröffnet und es können sich alle die, denen darum zu thun ist, in einer guten Familie zu mäßigen Bedingungen Wohnung oder Pension zu erhalten, schon jetzt dahin wenden, um Auskunft zu erhalten. Da Paris besonders während der Ausstellung den unbeschäftigten, mit den französischen Verhältnissen unbedachten jungen Mädchen ein sehr gefährlicher Boden ist, wird das Heim des Vereins von früh 10 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet sein, um den jungen Mädchen, gleichviel welchen Standes, welcher Religion oder Nationalität, einen Erholungsort zu bieten, wo sie ihre freien Stunden nach der Arbeit des Tages verbringen können. Gesellige Unterhaltungen, Konzerte, Vorträge, Konferenzen sollen stattfinden, bei denen die Mitglieder auch mitwirken sollen. Eine vielsprachige Bibliothek ist vorgelesen, sowie Tageszeitungen aller Länder, so daß die in der Fremde weilenden ihre Muttersprache nicht ganz vermissen sollen.

Die patriotischen Festlichkeiten

aus Anlaß der Großjährigkeitserklärung des preussischen Kronprinzen sind nun vorbei. Einige Tage wird das Portal am Brandenburger Thor noch stehen bleiben zum Zeichen dafür, daß die Abneigung gegen diese Bauwerke eben keine grundsätzliche ist und daß man dem Weiten als provisorischer Theatersitz geduldig bereit ist, was dem Osten im Friedeichshain beharrlich verweigert worden ist. Die Summe, welche der kurzlebige Festschmuck dem Stadtbild kostete, soll sich auf das Dreifache der geforderten 50 000 M. belaufen; ganz ohne ein bißchen Ragenjammer wird die Spendebüchse dem liberalen Kommunalpatriotismus wohl nicht hingenommen. Auch sonst bricht allgemach die Stimmung durch, die nach vorausgehenden Festen unvermeidlich ist. Patriotische Schwärmer wußten vorher allerdings von einer

Amnestie

zu erzählen, die diesmal ganz gewiß vom Kaiser erlassen werde. Die guten Deutschen sind abermals in ihrer Hoffnung getäuscht, und sie müssen sich mit dem ja auch immerhin erhebenden Bewußtsein begnügen, daß das Volk, wenn man die träge, politisch indifferente Masse der hurrarufenden Reueigenen mit diesem Ehrentitel belegen will, sich ja auch ohnedies von dem Glanz der Illumination und dem Anblick der Monarchen voll und befriedigt zeigt. Der glanzvollen Veranstaltung gab es am Sonntag als dem Hauptfesttage denn auch die schwere Menge. Morgens 8 Uhr wurde bereits in Gegenwart des Kaisers ein

Standbild in der Siegesallee

enthüllt. Es stellt den Kaiser Sigismund dar. Um 10^{1/2} Uhr wurde eine Festpredigt in der Schloßkapelle gehalten. Der Oberhofprediger Dr. Dryander benutzte die Predigt zu einer Ansprache an den Kronprinzen und sagte zu ihm:

Sei ein Mann, unverdorben durch das Lob der Menschen und unerbittert durch die Bosheit der Menschen, ein Mann, der gleichermaßen feste ist gegen haltloses Schwanken und unzeitiges Nachgeben, wie gegen trotigen Eigensinn und hochmütiges sich Ueberheben, ein Mann, der wie ein Fels im Meer Halt und Hort für die Schwankenden ist, die an ihm sich aufzurichten, ein Mann, um mit Ernst Moritz Arndt zu reden, der beten, glauben, lieben, streiten und sterben kann. Was braucht unsre Zeit mehr, unsre wilde Zeit nötiger, als solche Männer, was brauchen wir mehr als Herrscher, die solche Männer sind?

Und weiter: Je höher ein Menschenleben steht, um so schwerer die Versuchung, die Schranken menschlicher Ordnung zu brechen und dem eignen Willen für das höchste Gesetz zu halten, um so enger die Aufgabe zu wandeln in der Furcht des lebendigen Gottes.

Dann hatte der Kronprinz eine Eidesleistung zu vollziehen und hierauf folgte eine Gratulationscours im Schloße. Weiter fand ein Galadiner statt, bei der der Kaiser eine

Rede

hielt, aus der wir folgende Stelle hervorheben:
Ich möchte aber auch fernerhin darin den Ausdruck finden der gemeinsamen Bande, die alle Herrscherhäuser Europas umschlingen und die auf derselben Grundlage beruhen, auf der unser Haus aufgebaut ist, auf der Tradition. Worin diese besteht, das ist heute schon in der Kirche gesagt worden. In eifriger, ernster Arbeit für Volk und Vaterland, in langsamem Aufbau, in gemeinsamen Ertragen von Freud und Leid zwischen Herrscher und Volk hat sich unser Haus emporgearbeitet. Ertragen durch das Bewußtsein der von Gott ihnen gestellten Aufgabe haben meine Vorfahren die Grundlagen gelegt. Dieses Bewußtsein einer von Gott gestellten Aufgabe erfüllt einen Jeden, den Monarchen und Fürsten ebenso wie uns. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl der Majestäten, auf das Wohl der Souveräne wie aller der feuernden Vetter und Oheime, die heute anwesend sind, mit dem Wunsch, daß auch Ihnen in Ihrer Arbeit, einem jeden an seinem Teil, die Genußnahme zu Teil werden möge, das Empfinden zu besitzen, daß Ihr Volk und Ihr Vaterland Ihnen Ihre Arbeit so dankt, wie mit das meine.

Der Kaiser von Oestreich antwortete in einem Trinkspruch auf den Kronprinzen.

Im Lauf des Tages hatte der Kaiser von Oestreich die

Oestreich-ungarische Kolonie

empfangen. Wir lesen über diesen Empfang in der Berliner Montags-Ztg.:

Nachdem der Kaiser die Vorstellung des Vorsitzenden des Vereins der Oestreicher, Herrn Oberingenieurs Mandel, ferner diejenige der Vorsitzenden des Ungarereins, des böhmisch-Slavonischen Vereins, des Mährischen Vereins, des Vereins der Bukowinaer und des Schwabenklubs „Austria“ entgegengenommen hatte, wandte sich der Monarch den übrigen Repräsentanten der Kolonie in huldvoller Weise zu. Auch diese Herren wurden durch Herrn Hofkammer, ebenso wie die Vorgenannten, dem Kaiser vorgestellt. Bei Herrn Direktor Siegmund Lautenburg erkundigte sich der Monarch über die kaiserlichen Verhältnisse in Berlin und ob es ihm stüme, daß die Oestreicher ein „riesiges Kontingent unter den hiesigen Schauspielern stellen?“ „Es giebt ja hier ungeheuer viele Theater“, bemerkte der Kaiser. Mit stichlicher Gemüthung nahm der Kaiser Herrn Direktor Lautenburgs Mitteilung entgegen, daß gerade Amstels in Preussische Rationalität es gestaffelt sei, in Berlin die größten Erimphye zu feiern. Nebenbei gnaßig wandte sich dem Monarch dem Herausgeber und Chefredacteur dieses Blatts, Herrn Victor Sahn, zu, den er ebenso wie jedweden des Chefredacteur des Berliner Wörten-Courier, Herrn Fidor Landau, über ihre persönlichen Verhältnisse sowohl als auch über die von ihnen redigierten Blätter befragte und huldvollst die respectiven Antworten entgegennahm.

Abends reiste der Kaiser von Oestreich ab. Kaiser Wilhelm brachte ihm mit großem Gefolge zum Bahnhof. Damit war die offizielle Feier zu Ende und die Illumination erlöschte allmählich. Selbstverständlich waren den ganzen Sonntag erhebliche

Verkehrshindernisse

zu verzeichnen. Die Absperrungsmaßregeln nahmen am Abend, als die Zeit der Abreise des Kaisers Franz Joseph herannahte, einen bedenklichen Umfang an. Polizeimanuskripten zu Fuß und zu Pferde sorgten dafür, daß nicht allein die Straßen, die der Kaiser mit seinem Gast passieren mußte, gesperrt wurden, sondern auch der Wagenverkehr in den Nebengassen wurde wesentlich behindert, teilweise sogar gänzlich unterlag. Schlimm stand es in der Potsdamerstraße. Vom Potsdamer Platz ab bis ziemlich nach Schöneberg standen hunderte von Wagen, elektrische und Pferdebahnwagen wie eine Mauer. Manche Fahrgäste waren ganz verzweifelt. Die Kalamität war um so größer, als Droßeln gar nicht zu haben waren. Die Droßeln waren um die Mittagzeit schon fast alle belegt und die wenigen in der Potsdamer und in den Nebengassen stationierten Gefährte waren bei dem Andrang des Publikums bald verschwunden. Durch die Absperrungen wurde der gesamte Verkehr im Westen Berlins auf das empfindlichste behindert.

Unfällen

war der heiße Tag reich. Auf den fünf Wochen der freiwilligen Sanitätskolonnen wurden im ganzen 67 Extraktions- und Unfallsfälle behandelt. Die Krankenwagen traten dreimal in Thätigkeit. Am Vorfray war ein Mann vom Hüftschlag getroffen worden. Die ihm sofort durch die Sanitätskolonne zu teil werdende Hilfe rettete ihm das Leben. Die Frau eines bekannten Rennstallbesizers brach auf der Straße ohnmächtig zusammen. Auf der Rettungswache III der Sanitätskolonne gelang es zwar, die bei der Kranken unterbrochene Herzthätigkeit wieder herbeizuführen, da sie aber trotzdem wieder von Ohnmachtsanfällen ergriffen wurde, erfolgte ihre Ueberführung nach der Charité. Ein Dienstmädchen, welches sich mit dem fünfjährigen Töchterchen ihrer Herrschaft in das Gewühl unter den Linden wagte,

geriet derartig ins Gedränge, daß sie ohnmächtig wurde. Das Kind blieb glücklicherweise unbeschädigt.

Während der drei Festtage hat der von den Unfallsstationen in Gemeinschaft mit der Sanitätskolonne und dem Vaterländischen Frauenverein eingerichtete Sanitätsdienst in 307 Fällen eingegriffen müssen. In den Stationen wurden 200 Personen behandelt, während auf der Feststraße 98 Personen durch Mannschaften der Sanitätskolonne Hilfe fanden.

Viel beklagt werden in der bürgerlichen Presse die Schutleute wegen des ihnen auferlegten anstrengenden Dienstes. Die Beamten haben gewiß hart heranzumüssen. Aber ihr Aufgebot mag im Gegensatz zu den oft nutzlosen Bemühungen bei socialdemokratischen Demonstrationen in diesem Fall am Ende notwendig gewesen sein.

Kommunales.

Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Die gemischte Deputation, welche vom Magistrat auf Antrag der Stadtvo. Borgmann u. Gen. zur Vorberatung eines Ortsstatuts behufs Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie eingesetzt worden ist, hat in ihrer heutigen, mehr als dreistündigen Sitzung den Beschluß gefaßt: dem Magistrat zu empfehlen, schon jetzt die Hausindustrie dem Kranken-Versicherungsgesetz zu unterwerfen und nicht erst zu warten, bis die Stadtgemeinde auf Grund der neueren gesetzlichen Bestimmungen (Antrag Hehl und Genossen) dazu gezwungen wird. Die Deputation hat ferner beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Ausdehnung auf Grund des von der Gewerbe-Deputation zuerst ausgearbeiteten Ortsstatuts auszusprechen.

Dieser erste Entwurf unterscheidet sich bekanntlich von dem zweiten dadurch, daß in demselben dem Zwischenmeister zwar die Meldepflicht obliegt, die Zahlungspflicht aber dem eigentlichen, sogenannten Ober-Arbeitgeber auferlegt wird. Im zweiten Entwurf sollte dem Zwischenmeister auch noch die Zahlungspflicht auferlegt werden. Von den vier anwesenden Magistratsmitgliedern haben drei mit der Majorität gestimmt; nur der Referent Stadtrat Weigert, ein Mißliebiger des ersten Entwurfs, stimmte merkwürdigerweise dagegen. Neben dem Antragsteller Stadtrat Borgmann sprachen sich warm für die Ausdehnung und den ersten Entwurf aus die Stadt. Rosenow und der Magistrats-Assessor Dr. Meyer. Man darf gespannt sein, wie der Magistrat in dieser für die Stadt und Hunderttausende ihrer Bewohner wichtigen Frage entscheiden wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Arbeiter (Tapezierer)! Der Bau Goethestraße 87 in Charlottenburg (Unternehmer Wöhlige, Cranienstraße 19) ist gesperrt. Ferner fordern wir die Bauarbeiter auf, da es wiederholt vorgekommen ist, daß ohne Karten von unsren Kollegen gearbeitet wurde, uns in unserm Kampf dadurch zu unterstützen, daß sie sich von jedem Arbeiter die Karten resp. Streiklegitimationen vorzeigen lassen. Sämtliche Mitteilungen sind nach unserem Bureau, Schützenstr. 18/19, Restaurant Winger, Amt I 3882, zu richten. Die Lohnkommission der Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Glasarbeiter! Wegen Verletzung einiger Arbeiter haben die Glasarbeiter der Firma Dittmann, Berlin, Brandenburgerstr. 6, und Otto Matthes, Kommandantenstr. 16, die Arbeit eingestellt. Von der Firma Matthes fordern die Ausständigen in besonders bessere Behandlung und Aenderung der neu eingeführten Arbeitsordnung. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. — Verband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

Der Streik der Schleppler auf der Renhof-Grube bei Benken hat mit einem Sieg der Streikenden geendet. Diese haben die Lohnhöhung zugesprochen erhalten, die sie vor dem Streik forderten.

Wahregelungen anlässlich der Meissner sind auch im oberschlesischen Industriegebiet vorgekommen; besonders aus der Königsgrube, obgleich der Arbeitermangel angeblich sehr groß ist.

Aus dem Osten. Auch in Elbing regt es sich in der Gewerkschaftsbewegung. Im September vorigen Jahres wurde hier eine Jobhülle des Centralverbandes der Hauzer Deutschlands gegründet, die bis jetzt von ca. 800 am Ort arbeitenden Mauern 270 Mitglieder zählt. Im Januar wurde den Unternehmern eine Forderung gestellt, wonach eine elfstündige Arbeitszeit (früher 13) verlangt wird, ferner ein Stundenlohn von 40 Pf. pro Stunde (35 Pf. früher) und für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde. Wahregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sollten nicht stattfinden. Die Unternehmer antworteten: Es lege kein Bedürfnis vor, den bisherigen Lohn zu erhöhen; ein normaler Gehalt hatte denselben Erfolg, ebenso blieb eine Vermittelung durch den Gewerbeinspektor ohne Einfluß. In einer am 27. April abgehaltenen Versammlung wurde nun einstimmig beschlossen, am Sonnabend, den 28. April, abends, die Arbeit einzustellen.

Etwas 50 Mauere konnten gleich zu den neuen Bedingungen anfangen, 150 reisten sofort ab und blieben 90 im Streik, von welchen täglich einige abreißen. Arbeitswillige fanden sich 24. Der Kampf scheint ein harter zu werden, da es den Herren darauf ankommt, die Organisation zu zerstören. Die Unternehmer suchen Arbeitswillige heranzuziehen, hauptsächlich wenden sie sich nach Schlesien. Es ist möglich der Zugang fernzuhalten.

Alle Schreiben und Sendungen sind an B. Kriege, Elbing, Bergschloßchen, zu richten.

Die Stuccaturen in Halle befinden sich im Streik. Bisher hat nur eine Firma mit 5 Arbeitern die Forderung bewilligt.

In Gießen streiken 170 Maler und Weißbinder um einen Minimallohn und prozentuale Lohnhöhung.

Bei der Firma Schüller in Düren stehen die Weber jetzt 11 Wochen im Streik. Die Ausständigen gehören alle dem christlichen Textilverbande für Düren und Umgegend an. Der Streik ist durch die Wahregelung eines Vorstandesmitgliedes des Verbands entstanden. Dieser war 22 Jahre bei der Firma beschäftigt gewesen. Vor einigen Tagen wurden Verhandlungen angebahnt, um den Streik zu beenden. Die Firma wollte sich bedingungslos einem Schiedsgerichtsentscheid unterwerfen. Dieses Schiedsgericht bestand aber nur aus vier Arbeitgebern. Der Schiedspruch lautete: Die Firma stellt nur einen Teil der Arbeiter sofort ein, den andren nach Bedarf. Der Gemahregelte wird in einer andren Fabrik untergebracht. Auf die Frage der Verbandsleitung, wann der Gemahregelte denn eingestellt würde, erklärte der Vorsitzende des Schiedsgerichts: Wie die Aufträge kommen, oder es wird jemand krank, oder es tritt einer aus, oder es stirbt einer. Auf diese Bedingungen konnte der Vorstand nicht eingehen, denn im Laufe der letzten 3 Jahre sind schon 10 Vorstandesmitglieder des Verbands gemahregelt worden. Der Streik dauert also fort. Ob die Führer der christlichen Organisationen jetzt bald einsehen, daß es den Kapitalisten nur darum zu thun ist, die Organisation der Arbeiter zu zerstören, ganz gleich, ob dieselbe christlich oder socialdemokratisch ist?

Arbeiterverhältnisse in Essai-Lothringen. Die Textilarbeiter in Vogelbach bei Colmar sind in den Aufstand getreten, an dem bis hierher etwa 150 Weber der Firma Hausmann teilnehmen. Wie die „Straßburger Post“ berichtet, stehen bereits 450 Weber still. Die Arbeiter verlangen unter dem Hinweis auf die gestiegenen Preise aller Lebensbedürfnisse eine Lohnhöhung von 10 Prozent, worauf die beteiligte Firma nicht eingehen zu können erklärte. Seitens der Streikenden ist die Vermittlung des Kreisdirectors Dr. Curtius in Colmar angetufen worden, doch konnte eine Verständigung bisher noch nicht herbeigeführt werden. Die weitere Ausdehnung des Streiks ist wahrscheinlich.

In Buchsweiler legen die beim Bau der Wasser- und Gasleitung beschäftigten italienischen Erdarbeiter wegen ungenügender Entlohnung die Arbeit nieder.

Russland.

In Ungarn bereiten sich neue Feldarbeiterkreise vor. Der Telegraph berichtet: Lemberg, 7. Mai. Im Bezirk Wischnjce verweigern die Feldarbeiter wegen Mißbeurteilung der von ihnen verlangten Lohnhöhung die Arbeit. Militär ist insolgeßten nach dort abgegangen.

Der Jehnsfundentag bei den Tramwaybediensteten. Am 1. d. M. trat in London die neue Arbeitsordnung in Kraft, die der Londoner Grafschaftsrat (Gemeinderat) für die Tramwaybediensteten kürzlich beschlossen hatte. Die Wagenführer und Konductoren der städtischen Tramway, die früher den zwölfstündigen Arbeitsstag hatten, haben nach ihr nur mehr zehn Stunden täglich Dienst zu machen. Ueberdies bekommen sie jetzt jede Woche einen halben Tag ganz frei. Diese namhafte Herabsetzung der Arbeitszeit wurde natürlich ohne jegliche Lohnverminderung durchgeführt. — In Berlin sind von der Gemeindevertretung ähnliche Beschlüsse gefaßt, nur mit dem Unterschied, daß sich die Straßenbahn-Gesellschaft nicht daran lehrt.

Versammlungen.

Ardorf. Die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbands macht ihren Mitgliedern bekannt, daß die Urabstimmung nur da vorgenommen werden soll, wo die Mitglieder ihre Beiträge bezahlen.

Vermittlung. Zu unserm Bericht über die Versammlung der Kammer in Nr. 104 des „Vorwärts“ geht uns die Mitteilung zu, daß die Angabe, bei der Firma Krüger seien die Kammer nach dem 1. Mai gemahregelt worden, unrichtig ist. Die Arbeiter haben am Montag und Dienstag nicht gearbeitet und sind am Mittwoch nur zur Arbeitsstätte gekommen, um ihre Sachen zu holen. Sie haben das Arbeitsverhältnis aufgegeben, ohne daß eine Entlassung erfolgte.

Bildungsverein Mehr Licht. Mittwoch, den 9. Mai, bei Gärtner: Mitgliederversammlung. Gütlich willkommen.

Verband deutscher Barbier, Friseur etc. (Zweigverein Berlin.) Dienstag, den 8. d. M., abends 10^{1/2} Uhr, bei Kantendruck, Hr. Frankfurterstraße 58: Eröffnung der Fachschule im Schulhaus. Anmeldung von Teilnehmern.

Der Krieg.

Die Engländer scheinen jetzt den Vormarsch forcieren zu wollen. Lord Roberts hat sich, nachdem die Boerenkommandos im Westen von Bloemfontein zurückgeworfen sind, nicht, wie man nach seiner bereits zwei Monate während Ruhe hätten annehmen können, auf seinen Vorposten ausgerückt, sondern einen energischen Vorstoß nach Norden unternommen. Den Widerstand der sich ihm entgegenstellenden Boerenabteilungen hat er vermöge seiner gewaltigen numerischen Uebermacht leicht überwinden können. Das Terrain mag für die Boeren unzulässig, dagegen die Gefahr, durch Planenbewegungen abgeschnitten zu werden, bedrohlich gewesen sein. Gewisse Korrespondenzen berichten auch wieder einmal von einem Rückziehen des Kampfesnests der Boeren. Was daran Wahres ist, läßt sich schwer beurteilen. Jedenfalls befand sich Lord Roberts am 8. Mai bereits in Smaldeel nördlich vom Ret River, ca. 60 Kilometer nord-nord-östlich von Bloemfontein. Der Weg bis nach Kroonstad, wo der Hauptwiderstand der Boeren erwartet wurde, ist ziemlich ebenso weit.

Die vorliegenden Depeschen lauten:
London, 6. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird aus Warrenton vom 5. Mai gemeldet: Die Brigade Barton, bei welcher sich der Divisionsgeneral Hunter befindet, überschritt den Baalfluß bei Windfontein. Die Boeren räumten Windfontein und Klippdam und zogen nordwärts. Barton folgt dem Feinde und beschickt ihn häufig.

London, 6. Mai. In Ergänzung seiner Meldung vom 5. d. Mts. teilt Feldmarschall Roberts mit: Die Ueberwindung des Baalflusses durch Guiton erfolgte unter schwerem feindlichen Beschuß und Gewehrfener. Lord Roberts drückt jedoch die Hoffnung aus, daß die Verluste der Engländer nicht schwer seien. Während Jan Hamilton Freitag die Vereingung zweier Boerenkommandos durch eine gut ausgeführte Bewegung einer Abteilung der Horse Artillery, der 12. Lancers und der britischen Reitertruppe verhinderte und den Boeren schwere Verluste zufügte, vertrieb die Brigade Macdonald den Feind aus seiner Stellung auf der rechten Flanke unter Deckung durch Marinegeschütze. Hierbei zeichnete sich das Regiment Black Watch besonders aus. Hamilton rückte gestern über den Neimen Vorstoß. Die Boeren, die der Brigade Barton's gestern zwei Meilen nördlich von Klippdam gegenüber standen, hatten eine starke, vier englische Meilen lange Stellung inne. Barton's Truppen marschirten vortrefflich und nahmen einen Vergeltung nach dem andern.

London, 6. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird aus Thabanku vom 5. Mai gemeldet: Die Kolonne Ruddle verfolgte die Boeren und erreichte sie. Nach einem lebhaften Artilleriefire waren die Boeren gezwungen, sich von dem Kopje, welches sie besetzt hatten, zurückzuziehen.

London, 7. Mai. Feldmarschall Roberts meldet in einer Depesche aus Smaldeel vom 6. Mai nachmittags: Wir haben heute morgen den Vet-Fluß überschritten und haben unter Leger, jetzt in Smaldeel aufgeschlagen. Der Feind ist in vollem Anzug nach dem Sand-Fluß und nach Kroonstad. Die gestrige Umgebungsbewegung der britischen Infanterie wurde in glänzender Weise ausgeführt. Wir eroberten ein Maximgeschütz und machten 25 Gefangene. Unre Verluste betragen: 15 Verwundete, 1 Toter, 3 Vermißte.

Die Engländer beanspruchten früher für sich den Ruf, auch bei unzulänglichem Stand der Dinge, die Wahrheit zu sagen. In früheren Zeiten, in den Kriegen mit Napoleon und später auch im Krimkrieg, thaten sie dies auch wirklich. Der Boerenkrieg, der den Engländern so viel Schlimmes gebracht, scheint ihnen auch diese gute Eigenschaft genommen zu haben. Keine Regierung, nicht die französische des Napoleon, über welche man in England so oft gepöppet, nicht einmal die russische hat mit ihren Kriegsnachrichten unverkämter gelogen, als die Engländer mit ihren sibirischen Vektors. Und seit die Verhandlungen des englischen Parlaments es vorige Woche an den Tag gebracht haben, daß die englische Regierung einen wichtigen Bericht des Oberbefehlshabers Forriqieren und verkümmert wollte, können wir englischen Kriegsberichten auch nicht den mindesten Glauben beimessen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die französischen Gemeindevahlen.

Die neuesten Nachrichten über die Resultate der Kommunalwahlen schälen von neuem die merkwürdige Erfahrung zu bestätigen, daß ein großer Teil der Pariser Bevölkerung politisch viel unverlässlicher ist, sich häufig von augenblicklichen Stimmungen leiten läßt, als die Provinz. Denn wie das folgende, in später Nachtstunde eingehende Telegramm zeigt, scheint sich der Sieg der Rationalisten in der That auf die Hauptstadt zu beschränken.

Paris, 7. Mai. Die Gemeindevahlen in den Provinzen sind, wie die „Agence Havas“ meldet, durchaus zu Gunsten der Republikaner ausgefallen und bedeuten eine Niederlage der Rationalisten. Die Republikaner verloren nirgends Sitze und gewannen an vielen Orten neue. Mehrere oppositionelle Deputierte, wie de Kamel, Graf d'Anlan und andre unterlagen. Die Wählerchaft ist also, wie die „Agence Havas“ ihrer Meldung hinzufügt, in ganz Frankreich durchaus republikanisch gestaut. (Vergl. Politische Ueberblick.)

London, 7. Mai. (B. T. W.) Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Uganda-Vorlage mit 226 gegen 53 Stimmen an. **Neapel, 7. Mai, abends.** (B. T. W.) Seit 45 Stunden wirt der Vesuv andauernd Lavamassen aus. Der Ausblick ist grofhartig.

Reichstag.

157. Sitzung. Montag, den 7. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf v. Posadowski, v. Podbielski. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzes betr. Postdampfschiffs-Verbindungen mit Afrika.

Durch § 1 soll der Reichskanzler ermächtigt werden, nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrags die Einrichtung und Unterhaltung einer 14-tägigen Postdampfschiffs-Verbindung mit Ostafrika und einer vierwöchentlichen Postdampfschiffs-Verbindung mit Südafrika auf eine Dauer bis zu 15 Jahren an einen geeigneten deutschen Unternehmer zu übertragen. Die Subvention soll von 900 000 auf 1 350 000 M. erhöht werden.

Die Kommission (Berichtersteller Dr. Witt (C.)) beantragt unveränderte Annahme.

Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution: Der Herr Reichskanzler möge mit dem betreffenden Unternehmer eine Vereinbarung dahin treffen, daß der Herr Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte des Auslands, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren — mit Ausnahme von Tabak, Bienenwachs, Häuten, Fellen und Wolle — von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, belgischen und holländischen Häfen auszuschließen.

Abg. Kees (Soz.):

Das Bemerkenswerteste in der Kommission war, daß die eingebrachten Entwürfe später wieder zurückgezogen wurden und sich in Resolutionen verwandelten. Zum Schluß fragte der Berichterstatter, ob ein Vorschlag aus der Kommissionsdebatte von ihm im Plenum zu erwähnen oder wegzulassen sei. Das bezieht sich auf eine Debatte über die in einem Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd stehende Bestimmung, nach der dem Reichskanzler das Recht zusteht, einzelne Artikel von der Beförderung durch subventionierte Dampfer auszuschließen. Der Regierungsvorredner Dr. Zimmermann gab dazu bekannt, daß man in Deutsch-Ostafrika mit der Absicht umgeht, einen größeren Anbau von Weizen vorzunehmen (Hört! hört!), ferner daß einzelne Gesellschaften mit der Anpflanzung von Bäumen, welche einen ausgezeichneten Gerbstoff enthalten, vorgegangen seien. Nun wurde von Herrn Dr. Dertel verlangt, daß die Beförderung solcher Gegenstände aus den Kolonien durch subventionierte Dampfer nicht ermöglicht werden dürfe. Er verlangt, daß diese Unternehmen in den Kolonien vom Reich nicht gefördert werden dürften, damit die heimischen landwirtschaftlichen Produkte nach der Richtung hin nicht eine neue Konkurrenz erhalten. Vom Regierungsvorredner wurde eine entsprechende Antwort gegeben. Von den Vertretern der anderen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß es wunderbar erscheine, wenn man Millionen für die Kolonialpolitik ausgeben, und daß man deshalb zufrieden sein müsse, wenn dort Anbau von landwirtschaftlichen Produkten stattfindet, die eventuell einen Nutzen aus den Kolonien ermöglichen. Wir sind, wie Sie ja wissen, für die gegenwärtige Kolonialpolitik nicht zu haben und haben der Subvention für solche Postdampferlinien unsere Zustimmung nicht gegeben. Wenn man schon in den Verträgen des Norddeutschen Lloyd mit dem Reich Bestimmungen dieser Art vorgesehen sind, wenn wir ferner wissen, daß es von Seiten des Reichskanzlers aus Grund des Art. 26 des Subventionsvertrags verboten ist, die Beförderung von ausgeschlachtetem Fleisch, Butter und anderen Konsumprodukten mit deutschen Postdampfern vorzunehmen, und hiermit das Verlangen der Konservativen vergleichen, auch noch Getreide und Gerbstoffe aus den deutschen Kolonien von der Beförderung durch subventionierte Dampfer auszuschließen, so muß man sich wirklich fragen, wohin das führen soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland ist mit einem Teil seines Konsums in Bezug auf Weizen und Gerbstoff auf das Ausland angewiesen. Da kann man nur zufrieden sein, wenn die Kolonien wettbewerbsfähig in die Welt treten. In der Kommission wurde von Seiten der Konservativen folgendes geltend gemacht: Wenn Sie das an die Öffentlichkeit bringen, wenn die deutschen Landwirte erfahren würden, daß das Kolonialamt den Anbau von Getreide, die Fleischproduktion und die Produktion von Gerbstoffen so fördert, dann würden sich die Freunde der deutschen Kolonialpolitik in Gegner verwandeln. Aus grundsätzlichen Gründen der Kolonialpolitik muß darum zu tun sein, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir werden ja sehen, ob bei der nächsten Wahl die deutschen Landwirte der Ansicht sind, daß die Kolonien nur Kohlen- und Schiffahrts-Stationen sind oder ob sie erwerbsfähig gestaltet werden sollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dertel (Kon.):

Meine Freunde bitten Sie, den § 1 unverändert anzunehmen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Regierung bitten, daß möglichst zu den von zu bauenden Schiffen nur deutsches Material benutzt werde und daß die Agenten im Auslande nur deutsche Staatsangehörige sein mögen. Wir können ja auch nur deutschen Proviant verlangen, verzichten aber darauf. Sie wissen ja, wie beschaffen wir sind. (Weiterkeit.) Was die Resolution anlangt, so erwarten wir, daß der Anbau solcher Produkte in in unsern Kolonien möglichst gefördert werde, welche unsere Landwirtschaft nicht konkurrenz machen. Da in der Resolution ja kein unmittelbares Verbot der Einfuhr irgend welcher Produkte ausgesprochen ist, so ist ihre Annahme ganz unbedenklich. Ueberflüssig ist sie nicht, denn wenn auch zur Zeit äußerst wenig aus den Kolonien eingeführt wird, so kann sich das in 15 Jahren sehr ändern. Die Befürchtung, von der man gesprochen hat, daß der Herr Reichskanzler auch daran denken könnte, die Einfuhr von Ananas zu verbieten, weil er der Exotik Konkurrenz machen könne (Weiterkeit) teile ich nicht. Uebrigens liegt durchaus kein Gegensatz zwischen der Subventionierung der Dampfer und dem Verlangen der Resolution. Wir sind eben nur für einen gesunden, vernünftigen Verkehr, der der heimischen Arbeit neue Absatzgebiete erschließt. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Die Bedeutung der Postdampfer-Verbindung liegt nicht nur in der Förderung des Postverkehrs, sondern vor allem auch auf handelspolitischem Gebiet. Daher ist es ganz selbstverständlich, daß die subventionierten Schiffe mit deutschem Material gebaut werden, deutsche Besatzung und deutschen Proviant führen. Ebenso klar ist es, daß die Dampfer nicht subventioniert werden, um die Konkurrenz des Auslands zu unterstützen, sondern um die heimische Produktion und deren Absatz zu fördern. (Bravo! rechts.)

Abg. Brömel (fr. Sg.):

Wir werden für den Paragraphen stimmen, bitten Sie aber, die Resolution abzulehnen. Wenn dieselbe auch in der Kommission abgelehnt ist, so trat doch aus den Ausführungen des Herrn Abg. Dertel klar hervor, was sie eigentlich bezweckt. Ein Verkehr, der nur neue Absatzgebiete erschließen will, ist ein Lüding. Es gibt keinen Weltverkehr, der nicht auf der Grundlage der Leistung und Gegenleistung beruht. Wenn wir für unsere Produkte Absatzgebiete haben wollen, müssen wir auch ausländische Produkte zu uns hereinlassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Die Resolution wendet sich natürlich nicht gegen Produkte der Kolonien, sondern nur gegen solche des Auslands. Wenn man, wie Herr Brömel, den gegenseitigen Austausch von Produkten will, so muß man vor allem dafür sorgen, daß das Ausland auch auslandsfähig bleibt. Ich möchte noch meine Freude darüber ausdrücken, daß die ganze Verhandlung über diese Vorlage zeigt, welche Fortschritte der koloniale Gedanke in Deutschland gemacht hat. Wenn man bedenkt, wie heftig seiner Zeit die erste Dampfersubvention be-

kämpft wurde, und wie sympathisch jetzt die vorliegende Vorlage aufgenommen wird, so muß man in dieser Entwicklung einen erfreulichen Fortschritt erblicken. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß die Annahme der Vorlage wie der Resolution dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst thun wird, und werden daher für Vorlage und Resolution stimmen.

Abg. Webel (Soz.):

Wir sind keineswegs die ersten gewesen, die solche Dampfersubventionen eingeführt haben. Die Franzosen, Italiener und ich glaube auch die Desterreicher sind uns in der Beziehung vorangegangen. Aber in keinem Verträge dieser Länder wird eine ähnliche Bestimmung enthalten sein, wie wir sie den betreffenden Gesellschaften zumuten. Auf der einen Seite will man den Handel und Verkehr nach allen möglichen Richtungen unterstützen und schließlich auf der andern Seite im Interesse der Agrarier die Einfuhr einzelner Produkte aus. Auch bei der Flottenvorlage ist es ja so. Auf der einen Seite soll die Förderung des Handels dienen und auf der andern Seite erhebt man bei ihrer Beratung die Frage, ob die Landwirtschaft bei den Handelsverträgen durch erhöhte Zölle genügend geschützt werde. Das ist eine Politik, die einer, der die Verhältnisse in Deutschland, wo ja die Agrarier die regierende Partei sind, nicht kennt, absolut nicht begreifen kann. Allerdings ist ja in die Resolution aufgenommen, daß nur landwirtschaftliche Produkte des Auslands nicht von den Dampfern angenommen werden sollen. Sie haben also vorläufig die Artikel der deutschen Kolonien nicht getroffen, sie haben das aber nur getan, weil vorläufig nach dem Zustande der deutschen Kolonien nicht daran zu denken ist, daß aus ihnen irgendwelche Produkte von Wert nach der Heimat eingeführt werden, die den Herren Agrariern Konkurrenz machen können. Wenn aber die Kolonien sich so entwickeln sollten, daß auch die Produktion derartiger landwirtschaftlicher Produkte in ihnen möglich wäre, dann würden die Herren Agrarier auch die Einfuhr dieser sofort verbieten. In Ostafrika ist ja allerdings der klimatische Verhältnisse wegen auch in Zukunft an eine solche Industrie nicht zu denken, wohl aber in Westafrika. Ich bin gar nicht der Ansicht, aber es behaupten viele, daß dies die Kolonie ist, die am meisten Aussicht hat zu prosperieren. Wie soll das anders geschehen, als durch Viehzucht und Ackerbau. Natürlich wird diese Produktion dann zuerst nach dem Vaterlande ausgeführt werden, und wir werden es ersehen, daß während wir ungenügend Mittel bewilligen, um unsere Kolonien nach Möglichkeit produktionsfähig zu machen, wir, wenn sie anspruchsfähig geworden sind, den deutschen subventionierten Dampfern verbotenen den Handelsverkehr von dort zu übernehmen. Das ist doch eine Kolonialpolitik, die allem natürlichen Verlauf widerspricht, und sie allein könnte uns bestimmen, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Wenn man den Begriff der landwirtschaftlichen Produkte sehr weit faßt, so würden gerade diejenigen Produkte, welche heute die Hauptfrucht unserer subventionierten Dampfer ausmachen, darunter fallen. Denn man aber an Weizen und dergleichen, so ist die Resolution ganz überflüssig, denn an eine erhebliche Einfuhr solcher Produkte aus diesen Zonen ist gar nicht zu denken. Ich bitte Sie also die Resolution abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei angenommen. Ebenso die Resolution, gegen welche auch die freisinnige Vereinigung stimmt.

§ 2 regelt die Fahrgehindigkeit für neu zu erbauende Schiffe. Die Kommission beantragt Annahme und eine Resolution, wonach die Fahrgehindigkeit im Rahmen des Gesetzes thunlichst erhöht werde.

Das Haus beschließt demgemäß gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten. Der Rest des Gesetzes wird debattelos nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso Einleitung und Ueberfahrt. Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die

Änderung der Unfallversicherungsgesetze.

Die Beratung wird fortgesetzt mit § 7b des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Der Paragraph lautet nach den Beschlüssen der Kommission: Der Vorstand der Berufsgenossenschaft kann einem Renteneinpfänger auf seinen Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhans oder in ähnliche von Dritten unterhaltene Anstalten auf Kosten der Berufsgenossenschaft gewähren. Der Aufgenommenen ist auf ein Vierteljahr und, wenn er die Erklärung nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraums zurücknimmt, jedesmal auf ein weiteres Vierteljahr an den Verzicht auf die Rente gebunden. Hier beantragen die Sozialdemokraten,

- a) im ersten Satz statt „an Stelle der Rente“ zu setzen: „an Stelle eines Betrags der Rente, der 300 M. nicht übersteigt“;
- b) Satz 2 zu streichen; eventuell hinter „wenn er“ einzuschalten: „trotz schriftlicher Auftrage seitens des Vorstandes der Berufsgenossenschaft, ob er in der Anstalt verbleiben wolle.“

Abg. Fischer (Sachsen) (Soz.):

Der Paragraph kann doch nur den Sinn haben, daß den Verletzten eine Wohlthat damit erwiesen werden soll. Nun kann aber der Fall eintreten, daß ein Verletzter mehr Rente bezieht, als der Aufenthalt im Invalidenhans kostet. Das wird namentlich bei alleinstehenden Empfängern hoher Renten der Fall sein. Unser Antrag will deshalb festsetzen, daß den Verletzten in einem solchen Falle der 300 M. übersteigende Betrag der Rente bleibt. Zum zweiten soll ihm der Austritt aus dem Invalidenhans möglichst erleichtert werden. Der einfache Arbeiter soll aufmerksam gemacht werden, daß ihm das Recht zur Austrittserklärung freisteht.

Geb.-Rat Caspar

bittet, beide Anträge abzulehnen. Der Betrag von 300 M. werde in den meisten Fällen zu gering sein. Zu dem zweiten Antrag liege kein genügender Anlaß vor.

Hiermit schließt die Diskussion.

Die sozialdemokratischen Anträge werden sämtlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; § 7b wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Der Abg. Herr v. Nichtshofen-Damsdorf (L.) beantragt, nach § 7b einen § 7c einzufügen, nach welchem durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbands für seinen Bezirk bestimmt werden kann, daß Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht nach Verordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schenkstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente bis zum vollen Betrag in Naturalleistungen zu gewähren ist. Der Wert der Naturalleistungen wird nach Ortsdurchschnittspreisen in Ansatz gebracht.

Abg. Herr v. Nichtshofen-Damsdorf:

Dieser Antrag ist in der Kommission verschiedene Male angenommen. Ganz ähnlich hat sich auch der Reichstag im vorigen Jahre beim Invalidengesetz entschieden. Der Antrag geht von rein humanitären Gesichtspunkten aus. Er will lediglich die Familien von notorischen Trunksündern schützen. Sie haben ja auch beschlossen, daß im Falle der Lösung einer Frau, deren Mann sich ohne gesetzlichen Grund von der ehelichen Gemeinschaft ferngehalten hat, die Kinder die Rente erhalten. Hier wünsche ich nun, daß auch bei Lebzeiten der Frau, deren Mann nicht für seine Familie sorgt, diese für sich und ihre Kinder die Rente auch wirklich erhält.

Abg. Dr. Cypergest (C.):

Die Regierung hat in ihrer Vorlage eine solche Bestimmung nicht gebracht, hält sie also jedenfalls nicht für nötig. Der Antrag

ist auch überflüssig, denn ist der Trunksünder entmündigt, so bekommt er einen Vormund und dieser erhält die Rente. Ich bitte Sie deshalb den Antrag abzulehnen.

Abg. Koch (Soz.):

Herr v. Nichtshofen sagte, er hätte seinen Antrag nur aus humanitären Gründen gestellt. Es ist nur bedauerlich, daß die Herren ihre Humanität nicht schon früher bewiesen haben. Sie hätten doch mehrfach Gelegenheit dazu bei unseren Verbesserungsanträgen gehabt. So wäre es z. B. aus humanitären Gründen sehr angebracht gewesen, wenn Sie unsern Antrag zugestimmt hätten, für die Rente einen Mindestbetrag festzusetzen, damit den verunglückten Arbeitern wenigstens ein nothdürftiger Lebensunterhalt garantiert wäre, aber dagegen haben Sie sich gewandt und bei einem solchen Verhalten müssen wir gegen ihre angebliche Humanität sehr mißtraulich sein. Der Antrag Nichtshofen bedeutet direkt eine schwere Ausnahmemaßnahme gegen die Arbeiter. Zu keinem andern Pensionsgesetz ist eine ähnliche Bestimmung enthalten. Sie werden aber doch zugeben, daß z. B. auch in den Kreisen der Offiziere es ebenfalls Säufer giebt. Ich erinnere nur an den Prozeß der Harmlosen, wo Sie doch die Herren Ihrer Gesellschaft gesehen haben, die durch Trunksucht, Spielwut usw. ihr Vermögen vergebenden. Wo übrigens die Zahl der Säufer höher ist, bei den Offizieren oder bei den Arbeitern, ist noch gar nicht entschieden. Unter diesen Umständen sollte man mit einer solchen Ausnahmemaßnahme nicht kommen. Ihr liegt die Annahme zu Grunde, als ob unter den Arbeitern derartige Trunksünder ganz besonders häufig vorkämen. Sie bedeutet also eine unerhörte Verschlimpfung der ganzen Arbeiterklasse, und der Herr Vorredner hat nicht im mindesten den Nachweis erbracht, daß eine derartige Maßregel notwendig ist. Wenn gewohnheitsmäßige Trinker nicht genügend für den Unterhalt der Familie sorgen, genügen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen durchaus, um ihn zu entmündigen, und dann bekommt er die Rente nicht. Ferner wenn ein Renteneinpfänger sein Geld für andre Zwecke ausgiebt und seine Familie dadurch in Not gerät, so daß die Armenverwaltung genötigt ist, sie zu unterstützen, dann hat die Armenverwaltung das Recht, auf die Rente Beschlagnahme zu legen. Die heutigen rechtlichen Bestimmungen reichen also vollkommen aus, und ich bitte Sie dringend, den Paragraphen abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Wir haben zwar darauf verzichtet, Verbesserungsanträge zu stellen, werden uns aber ebenso gegen jede Verschlechterung des Gesetzes wenden und deshalb gegen den Antrag stimmen.

Abg. Lehr (nall.): Meine Freunde werden, wie Herr v. Nichtshofen ausführte, aus rein humanitären Gründen für diesen Antrag stimmen.

Abg. Frdr. v. Nichtshofen (L.): Wenn wir nicht für alle humanitären Vorschläge der Sozialdemokraten eingetreten sind, so hat das daran gelegen, daß wir stets zunächst die Grenzen der Ausführbarkeit und Möglichkeit erwogen. Von einer Verleumdung der Arbeiter kann keine Rede sein, es handelt sich nur um eine kleine nützliche Maßregel.

Abg. Koch (Soz.): Die Debatte hat unzweifelhaft ergeben, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichen, um die humanitären Zwecke des Herrn v. Nichtshofen zu erreichen. Es handelt sich also in der That nur um eine Ausnahmemaßnahme.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt. § 8 bestimmt, daß falls der Vermögensstand eines Kranken-, Sterbe- und anderen Unterstützungsfalles eine fortlaufende Unterstützung erhält, den betreffenden Klassen durch fortlaufende Ueberweisung von höchstens der halben Unfallrente Ertrag zu leisten ist. Damit verbunden wird die Beratung von § 8a.

§ 8a ist von der Kommission in der Fassung der Regierungsvorlage beibehalten und lautet:

Der Antrag auf Ueberweisung von Rentenbeträgen (§ 8 Abs. 2-5) ist bei der Berufsgenossenschaft anzumelden; soweit es sich um den Ertrag für eine vorübergehende Unterstützung handelt, ist der Anspruch bei Vermeldung des Anschlusses spätestens binnen drei Monaten seit Beendigung der Unterstützung geltend zu machen.

Streitigkeiten, welche aus den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 bis 5 zwischen den Beteiligten über den Anspruch auf Ueberweisung von Rentenbeträgen entstehen, werden im Verwaltungsverfahren und, wo ein solches nicht besteht, durch die dem Ertragberechtigten vorgesetzte Aufsichtsbehörde entschieden. Die Entscheidung der letzteren kann innerhalb eines Monats nach der Zustellung im Wege des Rekurses nach Maßgabe der §§ 20-21 der Gewerbe-Ordnung angefochten werden.

Die nationalliberalen und konservativen Abg. Dr. Lehr, Herr v. Nichtshofen-Damsdorf, Börner beantragen einen andern § 8a, durch den die in § 8 bezeichneten Klassen (eingezeichneten Hilfsklassen sowie der sonstigen Kranken-, Sterbe-, Invaliden und anderen Unterstützungsfällen), welche ihren nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen vertheilten Mitgliedern bei Unfällen Renten oder Kapitalien gewähren, berechtigt werden, diese Unterstützungen für solche Personen, welche auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen einen Anspruch auf Unfallrenten haben, um den Betrag des letzteren oder einen geringeren Betrag zu ermäßigen, sofern gleichzeitig die Beiträge der Betriebsunternehmer und der Kaffeemitglieder oder im Fall der Zustimmung der Kaffeemitglieder in entsprechendem Verhältnis herabgemindert werden.

Abg. Dr. Lehr (nall.):

Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, denn wenn die Fassung der Vorlage Gesetz wird, so ist die Existenz der Anaprophastikassen gefährdet, da sie nicht in der Lage sein werden, die hier von ihr verlangten höheren Leistungen aufzubringen. Gleichzeitig ist es leicht möglich, daß ein Arbeiter, wenn er sowohl Unfallrente als auch die Unterstützung der Anaprophastikasse erhält, eine höhere Summe bezieht, als er selber als Lohn verdient hat. Sie verlangen, daß die Anaprophastikasse berechtigt sein soll, wie bisher die Vollrente auf ihre Leistungen einzuziehen. Man hat nun dagegen die Bedenken erhoben, daß auch die Arbeiter selbst zu den Anaprophastikassen Beiträge leisten hätten. Das ist ja wahr und es bleibt eben nichts übrig, als daß man die Beiträge der Anaprophastikassen, die ja auch zum Teil von den Arbeitern geleistet werden, herabsetzt.

Gebietern von Wochke erklärt den Antrag für überflüssig und bittet, es bei der Fassung der Vorlage zu belassen. Schon der heutige Zustand erlaubt es denjenigen Klassen, die sich durch die Mehrleistung beschweren fühlen, ihre Leistungen herabzusetzen.

Abg. Stüchel (C.):

Ich bitte Sie, den Antrag Lehr abzulehnen und es bei dem § 8 zu belassen. Es kann nur verbitend wirken, wenn z. B. ein Arbeiter, der in einer Fabrik ist, die keine Unterstützungsfälle hat, die volle Rente bekommt, wenn er verunglückt, und ein anderer in einer Fabrik, in der er zu einer Unterstützungsfälle jahrelang Beiträge gezahlt hat, keinen Pfennig mehr erhält. Geizig ist es möglich, daß im einzelnen Fall einmal ein Arbeiter mehr erhält an Unterstützung, als er früher Lohn bezogen hat. Aber die Zahl der Arbeiter, besonders der Verarbeiteten, die so alt werden, daß sie die höchste Rente erhalten, ist doch äußerst gering, dazu haben sie eine viel zu schwere Arbeit. (Bravo! im Centrum und links.)

Abg. Silba (nall.):

Die Konsequenz der Annahme des Paragraphen würde sein, daß die Anaprophastikassen ihre Beiträge erhöhen, denn ohne solche Erhöhung können sie die neuen Lasten unmöglich tragen. Ein Ausweg ist vielleicht darin zu finden, daß man den Unfallrentnern die zu den Anaprophastikassen usw. gezahlten Beiträge zurückgibt.

Abg. Mollenhuth (Soc.)

Der Antrag Lehr bezieht sich auf das Invalidengesetz. Es ist aber bezeichnend, daß auf dieses Gesetz nur immer hingewiesen wird, wo es eine für die Arbeiter ungünstige Fassung hat.

Sie also einen großen Teil der Arbeiter in Not und Elend. Sie glauben wohl, das Darben sei ein notwendiges Requisite des Rentenbezugs.

Präs. Graf Ballestrem: Der Abg. Hilb beantragt den § 8 folgende Fassung zu geben: "Ist die Unterstützung durch eine Kranken-, Sterbe- und andre Kasse eine fortlaufende, so kann als deren Ersatz die Ueberweisung eines entsprechenden Betrags der Rente bis zu deren voller Höhe beansprucht werden."

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Stumm (Rp.) und Hilb (nat.) werden die Anträge Lehr und Hilb abgelehnt und die §§ 8 und 8a unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

§§ 9 und 10 werden debattellos angenommen. § 10a handelt ebenso wie § 10 von der Ausbringung der Mittel und enthält die Bestimmung, daß abweichend von den Vorschriften im § 10 durch Statut bestimmt werden kann, daß für die Umlegung der Beiträge die wirklich verdienten Gehälter und Löhne in Abrechnung kommen.

Abg. Mollath (Soc.) beantragt den Mindestbeitrag auf 4 W. festzusetzen.

Mit dieser Forderung wird § 10a debattellos angenommen, ebenso § 10b, § 10c.

Abg. v. Stumm (Rp.): Die Berufsgenossenschaften haben auf eine Erleichterung durch das Gesetz gerechnet; statt dessen erhalten sie Erhöhungen. Deshalb sollen sie einen höheren Refervefonds anammeln, als sie brauchen?

Abg. Hilb (nat.) hätte es auch lieber gesehen, wenn die Regierungsvorlage in diesem Paragraphen nicht geändert worden wäre.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.): Die Kommissionsfassung beruht auf einem Kompromiß. Die Verstärkung der Refervefonds bietet die Möglichkeit, in Zukunft einmal zum Kapitalbedarfsverfahren überzugehen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Rechnungssachen; Interpellation des Abg. Grafen Schwerin-Löwitz betreffend die gemeinsamen Transitlager und Wäbellenkonten; Fortsetzung der Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 8. Mai. Opernhaus. Bajazet, Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der König von Rom. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

Dienstag, abends 8 Uhr: Niobe. Schwanz in 3 Akte, nach Barry und C. K. Paulson von Ost. Blumenhof. Hier auf: Der Diener zweier Herren.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy. Kiejen-Lacherfolg! Zum 25. Male: Berlin nach Elb.

Victoria-Theater

Alexanderplatz. 6. Gekipiel des ersten Hamburger plastischen Entwerfers! Kollostaler Vodererfolg!

Thalia-Theater

Tel. Amt I Va 6440. Dresdenstr. 72/73. Kom. I. bis 9. Mai inkl. geschlossen wegen Vorbereitung der Baudevisse-Vorlese.

Neue Freie Volksbühne

Sonntag, 13. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater, Wallner-Theaterstr. 35: Extra-Vorstellung (auch für Gäste): Macbeth.

Belle-Alliance-Theater

Schwanz in 3 Akte v. Ralph Gobbins. Anfang 8 Uhr. Abonnements für die Sommer-Saison 1900 (15. Mai bis 1. September).

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132. Nur noch 3 Vorstellungen! Der Wänelönig von Trausvaal.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schütz. Telefon I 2129. Um 9 Uhr 10 Min.: Der größte Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Sargstr. 22. Neu! The Verras, Kraftroboter. Neu! Leony, Tanzlängertänzerin.

W. Noacks Theater

Bismarckstraße 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung. Der Wirrwarr.

Urania

Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: "Von den Alpen zum Vesuv" Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Letzte Woche! 35 Togo-Neger

Passage-Theater

Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr. CASTANS PANOPTICUM

Neu! Mr. Roberts

Neu! Die Bäckebur, or, humoristisches Sänger- und Konzert-Ensemble. Entree 50 Pf.

Apollo-Theater

Im Reiche des Indra Tortajada sowie die neuen Specialitäten. Garten-Konzert 7 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse. Täglich: Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.

Elysium

Landberger Allee 40-41. Jeden Dienstag - Sonnabend: Norddeutsche Sänger. Im Saal: Ball.

See-Terrasse „Lichtenberg“, Röderstraße 6.

(Die breite Röderstrasse verbindet das Steurhaus Landberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg) Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell der elektr. Bahn erreichbar.

Kurfürsten-Damm

Eröffnung 16. Mai. Barnum & Baileys

grösste Schauausstellung der Erde

Nur auf 26 Tage. Grossartigste internationales Vergnügungs-Etablissement in Amerika begründet.

2 Menagerien 2

Billets haben Gültigkeit für alle angezeigten Sehenswürdigkeiten und geben dem Inhaber Anrecht auf einen Sitzplatz.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs 71 Rübendörfer Straße 71 am Rübener Platz. Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Retehallen

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr, Montag 7 Uhr.

Chronische Leiden

Jeder Art o hne Verschönerung. Institut Jost, Chausseest. 17, I. r. 9-3, 5-9, Sonntag 9-7. Arbeiten 20 Pros. Ermäßigung.



Berliner Secession Kantstr. 12 (neben dem Theater d. Westens.) Zweite Kunst-Ausstellung Mai-Oktober 1900.

Schweizer Garten

Am Königsthor. - Haltestelle der Ringbahn. - Am Friedrichshain. Jeden Sonntag: Grosses Garten-Konzert

Kommendanten: Neues Klub-Haus Kommandanten: Straße 72. Straße 72.

Achtung! Restauratenre!

Sämtliche Tischbedler Berlins liefern bei Restaurateuren, welche ihren vollen Bedarf in der Woche von der Brauerei beden, an Sonn- und Feiertagen kein Geld.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i M. Plomben 1.50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.

Zähne 2 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.



Apollinaris

NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER. Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe

Fahrräder prima deutsche Fabrikate a 175 M. auf Teilzahlung.

W. L. Adomeit, Lothringerstrasse 83, I. Vereine! Gartenlokal mit Bühne noch Sonntag und Sonnabende für Theater und andre Vereine frei.

An die baugewerblichen Arbeiter Berlins!

(Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Maler, Töpfer, Glaser, Putzer, Klempner, Dachdecker, Stuccateure, Einsetzer.)

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr: Vier grosse Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81. | Louis Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.
Borussia-Säle, Adlerstraße 7/8. | Friedrichstädtisches Kasino, Friedrichstraße 236.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin.

Berufsgenossen! Am Donnerstag, den 10. Mai, beschäftigt sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit dem Beschluß der Berliner Baudeputation betr. Einfügung der Streikklausel in die Bauverträge. Nun liegt die Gefahr nahe, daß die Stadtverordneten-Versammlung diesen Beschluß gutheißt, was für uns die größten Gefahren in sich fälischen würde, da uns die gesetzlich gewährleisteten Rechte des § 152 der Gewerbe-Ordnung illusorisch gemacht würden. Wir haben deshalb die Pflicht, energisch gegen diesen Unterdrückungsversuch seitens der Berliner Bauunternehmer zu protestieren. Darum auf zu diesen Versammlungen.

Sämtliche Stadtverordneten sind hiermit zu diesen Versammlungen eingeladen.

Die Vorstände der baugewerblichen Organisationen Berlins.

K. Panser, Maurer. Fr. Kater, Maurer. H. Knüpfer, Zimmerer. Th. Fischer, Zimmerer. W. Noack, Bauarbeiter. Krüger, Bauarbeiter. G. Link, Maler. John, Töpfer. Melzer, Töpfer. W. Starke, Glaser. Fr. Schulz, Puffer. O. Näther, Metallarbeiter. K. Görnitz, Dachdecker. F. Rössner, Stuccateur. Machatzki, Einsetzer.

Wahlverein für den 2. Kreis.

Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Königshof, Wilhelmstraße 37.

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Junkertum, Industrie und Arbeiterklasse im Kampfe um die Handelsvertrags-Politik. Referent: Reichstags-Abg. Rosenow.
Jedermann hat Zutritt. — Freie Diskussion. 238/7
Eine neue Zahlstelle ist errichtet bei Reichelt, Gasenbeide 47.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern in Moabit und Schönhauser Vorstadt zur Nachricht, daß zu der am 13. d. M. stattfindenden Vormittags-Vorstellung in der Urania noch Billets bei Pfarr, Quitzlystr. 10, zu haben sind. Die Billettsüher werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.
Den Vorstandmitgliedern zur Nachricht, daß die nächste Vorstandssitzung am Mittwoch, den 9. Mai, abends 9 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29, stattfindet.
Der Vorstand.
247/4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Behrendts, Manneufstraße 95.
Vertrauensmänner-Versammlung für den Bezirk Süd-Ost.
Tages-Ordnung:
Berufsanangelegenheiten. Verschiedenes.

Brande der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Nowak, Manneufstraße 9.
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Ausperrungen wegen der Maler. Branchenangelegenheit. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Drechsler.

Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen:
Osten: bei Mühlle, Koppenstraße 41;
Norden: bei Neumann, Brunnennstraße 150;
Südosten, Westen u. Südwesten: bei Widring, Admiralstraße 150 (Märkischer Hof).
Tages-Ordnung (in allen Versammlungen):
1. Bericht der Obmänner, und wie betreiben wir unsere Agitation für den Verband weiter. 2. Die Mal-Ausperrung voriges Jahr im Gegensatz zu diesem. 3. Verschiedenes.
Plicht einer jeden Werkstätte ist es, einen Vertreter zu entsenden. Vertrauensmänner-Karte legitimiert.
NB. Freitag, den 11. Mai, kombinierte Sitzung mit der Ortsverwaltung im Gewerkschaftshaus. Sonnabend, den 12. Mai, Kommissions-sitzung der Drechsler bei Köchel. — Jedes Kommissionsmitglied hat zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Stellmacher

Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, in Cobus Festsälen, Bruchstr. 19/20.
Tages-Ordnung:
Bericht über den Ausfall der Generalversammlung der Innungsmeister. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen dringend notwendig.
Die Branchen-Kommission.
88/17

Konsum-Verein Berlin-Nord.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.
Dienstag, den 15. Mai 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Spinnmüller Gesellschaftshaus, Spinnmüllerstr. 42.
Ausserordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats: Nach Schluß des Geschäftsjahres (30. Juni 1900) zwei weitere Verkaufsstellen zu eröffnen.
2. Geschäftliche Mitteilungen.
Mitgliedebuch legitimiert.
Der Vorstand.
A. Gr. Spald. P. Kieck. P. Schäfer.

Metallarbeiter!

Dienstag, den 8. Mai 1900, abends 8 Uhr, im Lokale von Müller, Frankfurt-Chaussee 86:
Öffentliche Versammlung aller bei der Firma Eckert, Alt.-Ges., beschäft. Arbeiter.
Tages-Ordnung:
Ein Scheinwerfer auf das Fest der Arbeit der Firma Eckert im Rathaus zu richten!!! Referent: Carl Wessenthal.
Der Fabrikdirektor ist persönlich eingeladen.
115/17
Große öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche
heute, Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizer-Garten (Am Königsthor).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Emma Uher: „Wie verbessern wir unsere Lage?“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zuschneider, Näherinnen, Mäntelinnen etc. agitiert für zahlreiches Besuch.
Der Einberufer.

Töpfer.

Achtung! Achtung!
Die zum Mittwoch, den 9. Mai, einberufene Baudeputierten-Sitzung findet der Protestversammlungen wegen am 195/16
Donnerstag, den 10. Mai, abends 6 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57, statt. — Wir ersuchen die Kollegen, die Protestversammlungen zahlreich zu besuchen.
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Achtung, Töpfer!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)
Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, am Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, zu den Protestversammlungen zu erscheinen.
Tages-Ordnung in sämtlichen Versammlungen:
Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen.
Gustav Melzer.
9216

Die Motten kommen

nicht in Ihre Sachen, und Mottenfrass ist unmöglich durch das Aromatische Special-Mottenpulver. Absolut sicherer Schutz und einzige Garantie gegen Mottenschaden. Von unvergänglicher Wirkung und angenehmem Geruch.
Frau Johanna M., Berlin, Birkenstr., schreibt: „Ich möchte auf längere Zeit verreisen und bevor die Sachen vor Motten sichern, wozu ich bis jetzt ausser Ihrem Aromatischen Special-Mottenpulver nichts gefunden, was sicher ist. Einzig echt in Paketen 50 Pf., 1.-, 2.- Mk., Pfd. 3.- Mk., Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstrasse 4. nur allein bei
Lieferant Königl. Truppenapotheke und Behörden.
Hier frei Haus durch meine Gespanne, auswärts durch die Post. Sonst nirgends.“

Arbeiter Berlins!

Von den Finsterwalder Cigarrenfabrikanten haben die nachstehenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hansch Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enigk, O. Wossly, R. Reinike, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras.
Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Achtung, Glaschleifer!

Mittwoch, den 9. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei den Firmen Dittmann und Reichel. 2. Stellungnahme der Kollegen dazu. 3. Verschiedenes.
Da sämtliche Kollegen in den beiden Werkstätten die Arbeit niedergelegt haben, so ist es Pflicht, daß jeder erscheint. Der Vertrauensmann.
Achtung! Achtung!
Dachdecker und Berufsgenossen.
Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Protest-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.
Tages-Ordnung:
1. Die Streikklausel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin. 2. Sind die Beschlässe der Reicherschaft auch voll und ganz zur Durchführung gelangt? 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.
54/5

Möbelstoffe!

auch Reste! alle Qual. selten billig!
Gelegenheitskauf:
Nocequett-Bläse 5,35 M.
per Meter (130 cm breit). 146012*
Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin S.
Emil Lefevre, Cranzstr. 158.
Wem seine Pflanzen lieb sind, dünge nur mit Hallmayer's Pflanzendünger.
Laf. Fabrik, manufaktur, kon-
traktlicher, landw. Dünger.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reißwollenem englischen Stoff, 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Schwarze Kleider 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Gesellschafts-Kleider in den neuartigen Stoffen 20 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Einzelne Röcke in den neuesten Stoffen, schwarz und farblich, auf Futter 6 M., aus guten defektierten Stoffen 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Jackenkleid in Roden und Cheviot 10 M., 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Jackenkleid in Cheviot und Covercoat 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Figarokleid (Kost mit kurzen Ärmeln) 12 M., 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
Seiden-Kleider 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.

Jacketts

nur die neuesten Stoffe.
8 M., 10 M., 12 M., 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.
elegant verziert 15 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.

Capes und Kragen.

schwarz 5 M., 7 M., 9 M., 12 M., 15 M., 18 M., 20 M., 25 M., 30 M., 35 M., 40 M., 45 M., 50 M., 55 M., 60 M., 65 M., 70 M., 75 M., 80 M., 85 M., 90 M., 95 M., 100 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Gicht-, Rheumatischen, Frauen-Krankheiten, heilt sicher ohne Berufshilfe. (39782) Anwaltsstr. 151/1 (fr. Wallstraße 23.) 9-2, 5-9, Samstags 9-2.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl, ohne Preisverhöhung zu den constanten Zahlbeding. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Nicht am Rosenthaler Thor.

Künstliche Zähne!

Selbstständig schmerzlos, Blamieren u. Zahnziehen. Besondere Teilzahlungen. Zahnreinigung, überraschender Erfolg. 4411*
Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprecht v. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunsmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig am 10 Pf. Anweisung frei!
Dane zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure u. Indisches Jantfertraut).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße
München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Dresden: Victoria-Apotheke. 46192*

Dresden, Villenbaustellen.

nicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftsreichsten Vororte des Nordens, gepflegte Straßen, Baugelände, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratmeter an. Geringe Anzahlung. Sicheren Lenten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 46172*

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl, ohne Preisverhöhung zu den constanten Zahlbeding. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Nicht am Rosenthaler Thor.

Künstliche Zähne!

Selbstständig schmerzlos, Blamieren u. Zahnziehen. Besondere Teilzahlungen. Zahnreinigung, überraschender Erfolg. 4411*
Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprecht v. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunsmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig am 10 Pf. Anweisung frei!
Dane zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure u. Indisches Jantfertraut).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße
München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Dresden: Victoria-Apotheke. 46192*

Dresden, Villenbaustellen.

nicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftsreichsten Vororte des Nordens, gepflegte Straßen, Baugelände, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratmeter an. Geringe Anzahlung. Sicheren Lenten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 46172*

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl, ohne Preisverhöhung zu den constanten Zahlbeding. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Nicht am Rosenthaler Thor.

Künstliche Zähne!

Selbstständig schmerzlos, Blamieren u. Zahnziehen. Besondere Teilzahlungen. Zahnreinigung, überraschender Erfolg. 4411*
Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprecht v. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunsmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig am 10 Pf. Anweisung frei!
Dane zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure u. Indisches Jantfertraut).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße
München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Dresden: Victoria-Apotheke. 46192*

Dresden, Villenbaustellen.

nicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftsreichsten Vororte des Nordens, gepflegte Straßen, Baugelände, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratmeter an. Geringe Anzahlung. Sicheren Lenten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 46172*

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl, ohne Preisverhöhung zu den constanten Zahlbeding. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Nicht am Rosenthaler Thor.

Künstliche Zähne!

Selbstständig schmerzlos, Blamieren u. Zahnziehen. Besondere Teilzahlungen. Zahnreinigung, überraschender Erfolg. 4411*
Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprecht v. 8-8 Uhr, a. Sonnt.

Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunsmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4087L*

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig am 10 Pf. Anweisung frei!
Dane zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (enthält Salicylsäure u. Indisches Jantfertraut).
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (30 Pf.) Salomon-Apotheke, Charlottenstraße
München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Dresden: Victoria-Apotheke. 46192*

Dresden, Villenbaustellen.

nicht am Bahnhof, im schönsten und zukunftsreichsten Vororte des Nordens, gepflegte Straßen, Baugelände, herrlicher Hochwald, gesunde Luft. Preis der Baustellen mit und ohne Waldbestand schon von 50 Mark pro Quadratmeter an. Geringe Anzahlung. Sicheren Lenten event. Baugeld. Ernsthafte Käufer erfahren näheres unter Offerte K. 4 Expedition d. Zeitung. 46172*

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!

Nicht mit Ähnlich klingenden Anpreisungen zu verwechseln.

Plomben - Plattenloser Zahnersatz.

Herr B. von H. schreibt: Von zwei Herren zu Ihnen empfahlen, beständige Zeiten größte Zufriedenheit über die thätigste schmerzlosen schweren Zahn- u. Wurzel-Operationen. Können belohnen sind Sie zu empfehlen.

Fr. St. schreibt: Gefalte mir, Jüngen für ihre Bemühungen bei der fo fideranz schmerz und doch schmerzlosen Operation von 16 Zähnen und Wurzeln nochmals schriftlich meinen verdächtigen Dank auszuspreden. Ich bin heute überglücklich.

Linde, Brückenstr. 6B

an der Jannowitzbrücke.
Sprechstunden: 9-6, Sonntag 9-12.

Anzüge, Paletots nach Maß,

in prima Arbeit, tadellos figend, bin ich infolge sehr günstiger Abschlüsse in der Lage, für **Mk. 33** resp. **Mk. 30** bis auf weiteres zu liefern **M. Schulmeister, Schöneberg, Hauptstraße Nr. 143.**

12. Ziehung d. 4. Klasse 202. St. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. Mai 1900, nachmittags.
Kur die Gewinne über 200 Mark bis zu den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oste Gewinne.)

30 125 234 335 54 539 755 1039 119 335 (500) 94 400 550	57 630 (1000) 737 64 900 2098 95 133 365 692 23 745 876 86 87	70 47 164 274 374 486 593 615 70 714 4094 45 73 103 88 290	26 30 430 102 5297 817 18 54 84 878 636 930 (1000) 6236	235 92 34 83 85 712 7167 30 24 87 570 611 742 (1000) 394	8066 124 333 54 15991 495 561 49 58 761 72 639 35 77 972 89	59 99 474 37 677 927 936
30 125 234 335 54 539 755 1039 119 335 (500) 94 400 550	57 630 (1000) 737 64 900 2098 95 133 365 692 23 745 876 86 87	70 47 164 274 374 486 593 615 70 714 4094 45 73 103 88 290	26 30 430 102 5297 817 18 54 84 878 636 930 (1000) 6236	235 92 34 83 85 712 7167 30 24 87 570 611 742 (1000) 394	8066 124 333 54 15991 495 561 49 58 761 72 639 35 77 972 89	59 99 474 37 677 927 936

11. Ziehung d. 4. Klasse 202. St. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. Mai 1900, nachmittags.
Kur die Gewinne über 200 Mark bis zu den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oste Gewinne.)

113133 211 17 480 (10 000) 611 47 837 98 114190 280 340	56 67 87 92 401 11 (3000) 23 208 (1000) 87 990 110392 430	646 803 8 25 41 836 110017 145 258 (1000) 304 75 93 607 68	110007 77 803 798 117122 205 411 643 808 903 83 118403	120 51 461 665 723 (300) 46 899 119014 120 291 312 433 548 59	009 (1000) 50 (1000) 80 714 846 83
120042 187 329 524 89 (1000) 607 25 76 71 121187 913	9 338 500 89 609 724 (500) 820 40 90 122041 140 (300) 95	594 97 023 (1000) 06 926 79 83 122060 64 78 130 237 458 641	919 29 124084 320 91 734 65 832 912 (3000) 125024 143	202 376 89 260 34 834 972 126068 99 116 80 83 203 (3000)	34 749 74 127096 181 (300) 214 43 229 680 736 43 879 (300)

12. Ziehung d. 4. Klasse 202. St. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. Mai 1900, nachmittags.
Kur die Gewinne über 200 Mark bis zu den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oste Gewinne.)

54 131 84 337 79 536 694 707 1037 230 (500) 56 691 37	41 69 534 931 2024 126 230 29 80 384 531 78 833 44 902	3197 39 01 (3000) 94 213 54 89 427 56 305 736 881 4076 (1000)	74 135151 79 (3000) 670 716 884 130412 56 (500) 348 65	544 (300) 59 601 704 14 (3000) 54 821 137041 91 187 341 489	570 624 (300) 128183 389 319 58 69 474 544 773 98 (300)
130445 238 41 89 947 37 643 907 131010 101 333 (1000)	444 603 78 719 84 975 132223 411 358 690 730 29 830 1213037	507 39 605 49 51 99 904 134168 256 900 441 505 608 741 (300)	74 135151 79 (3000) 670 716 884 130412 56 (500) 348 65	544 (300) 59 601 704 14 (3000) 54 821 137041 91 187 341 489	570 624 (300) 128183 389 319 58 69 474 544 773 98 (300)

12. Ziehung d. 4. Klasse 202. St. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 7. Mai 1900, nachmittags.
Kur die Gewinne über 200 Mark bis zu den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oste Gewinne.)

634 46 741 115037 107 209 405 75 (300) 332 89 49	673 854 70 55 110472 167 890 903 117192 (1000) 308 694	883 922 118900 245 51 75 410 71 95 641 57 (1000) 793	977 89 110008 74 144 456 557 626 44 91	120028 106 37 89 216 300 (300) 88 672 891 121020 78	129 (300) 429 92 598 95 122007 106 691 121201 179
129 (300) 429 92 598 95 122007 106 691 121201 179	310 74 453 92 528 73 55 625 (3000) 898 209 124418 203 330	81 415 (3000) 688 78 846 47 293 125043 326 455 56 590 654	(3000) 73 739 890 814 97 124087 (300) 151 36 395 10798	97 513 16 41 645 70 63 88 (300) 127019 309 (3000) 311	401 99 324 54 69 68 828 901 120039 64 73 121 334

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Mein Zahnarzt ist in der Linden- u. Kottbuscherstr. 31.

Neujährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus besten Stoffen 25-40 Mark. Besten Sonnabend und Sonntag Besuchsland Germania. Unter den Linden 21 II.

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, p. 10777. 4478

Damentheilung, Knaben- und Mädchen-Strammströcke. 32.

Strassen- und Hausarbeiten. 3558

Stetten, prachtvoller Stand, 12,00, zweifelhafte 16,50. Unverkauft 3. Brandstraße. 1150

Stetten, Gardinen, (spottbillig) Weinhaus Brandstraße 6. 1719

Zeppiche, Remontirungen, (spottbillig) Verbands Brandstraße 6.

Zeppiche mit Herrenkleidern, Herrenkleiderlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 4499

Nußbaummöbel, ganze Einrichtung, auch einzeln, (spottbillig) Spandauerstr. 28, vorn I. rechts. 52K

Nußbaummöbel, Stühle, Küche, auch einzeln, (spottbillig) Gartenstr. 32A, vorn I. links. 177

Wägel, bar und Zeitungs-, billige, (spottbillig) Kottbuscherstr. 110, I. Ecke Kottbuscherstr. 2518

Wägel, bar und Zeitungs-, billige, (spottbillig) Kottbuscherstr. 110, I. Ecke Kottbuscherstr. 2518

Gardinenhand, Teppich, Goldschmied, Continentale, Wechsel, Kleiderhand, Schokolade, Antiquar, Straße 20, Keller. 163K

Nahmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, (unabhängige Garantie, Postkarte, Vorkauf, Vorkauf, Vorkauf) 35, kein Vorkauf. 1273

Spornwagen, wie neu, verkauft (spottbillig) Berg, Kottbuscherstr. 10. 1710

Damenkleider billig, (spottbillig) Weinhaus Brandstraße 10. 5186

Möbel, zwei Stühle, Ausbaum, sowie Bett, Regulator, Silber, (spottbillig) Berg, Kottbuscherstr. 10. 1710

Schaukasten, (spottbillig) Kottbuscherstr. 10. 1710

Nahmaschinen, (spottbillig) Kottbuscherstr. 10. 1710

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Berl. Anz. bis 4 Uhr angenommen.

Stellungsangebote.

Verkauf, (spottbillig) Kottbuscherstr. 10. 1710

Verantwortlicher Redakteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Boding in Berlin.

Lokales.

Ein braver, treuer und opferbereiter Genosse, der Tischler Emil Ding aus dem zweiten Wahlkreis, ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag im 40. Lebensjahre gestorben. Schon seit längerer Zeit an der Proletariatskrankheit leidend, hat eine im Dienst der Partei für die Verbreitung eines Flugblatts, welches eine Majestätsbeleidigung enthielt, erlittene zweijährige Gefängnisstrafe mit ihren körperlichen und seelischen Qualen ihn unrettbar für den Tod gereift. Das Urteil, gefällt in der Vera des Sedan-Kurses 1896, das für einen gesunden, kräftigen Mann zwei Jahre Freiheitsverlust bedeutet hätte, ist für ihn zum Todesurteil geworden, der Buchstaben des Gesetzes und der Buchstaben des Gefängnis-Reglements haben dem Weissen den Gatten, den Kindern den Vater, der Partei einen ihrer bravsten Genossen hinweggemacht. 20 Monate lang unterlag sein schwacher, kranker Körper der ungeeigneten und unzureichenden Gefängnisloft, dann trat infolge häufigen Lungenblutens eine solche Schwächung ein, daß eine drei Monate lange Strafuntersuchung sich als unumgänglich nötig erwies. Krank, gebrochen, mit dem Zeichen des Todes beschatet, verblühte er den Rest seiner Strafe; nach seiner Entlassung suchte er den Sommer über Erleichterung seiner Leiden in Friedrichshagen, dann ging er auf mehrere Monate nach Süd-tirol, aber alle Sorge und Mühe seiner Frau, alle Hilfe der Genossen konnten den Fortschritt des Proletariats-Erleidens nicht aufhalten; einer unsrer Besten ist mit ihm dahingewandert. Schon unter dem Socialistengesetz, unter den schwierigsten und gefahrdrohendsten Verhältnissen, trat er als thätiger Genosse für die Partei ein; aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiet that er mehr als seine Schuldigkeit; Mitglied verschiedener Kommissionen, wurde er 1894 Vorsitzender der Berliner Ortsverwaltung des Holz-arbeiter-Verbandes und gleichzeitig vertrat er die Interessen seiner Kollegen als Arbeiterbeisitzer am Gewerbegericht. Nun trauern neben den Genossen und Freunden zwei unumgängliche Kinder mit ihrer Mutter um den Toten, dem die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises ein bleibendes, ehrendes Andenken bewahren, was sie auch beklunden werden durch zahlreiche Teilnahme am Begräbnis, das Mittwoch, 9. Mai, abends 5 1/2 Uhr, auf dem Talo-Si-Friedhof in Nixdorf stattfinden wird.

Die Große Berliner Straßebahn kann sich über die Bestimmungen der Pensionklasse für ihre An-gestellten mit dem Magistrat nicht einigen. Das ihm der braven Direktion, wie sie dem „Kollal-Anzeiger“ schmerzvoll anvertraut, bitter leid — und in dem Gram über den saumseligen Magistrat werden langjährige Betriebsbeamte bei eintretender Abnahme der Arbeitskraft haufenweis entlassen.

Unsern Mitteilungen vom Sonntag hierüber können wir noch folgende Thatsachen aus den letzten Wochen zufügen:

Der Stallmann Fährle dorf, vom 1. Mai 1884 bis zum 31. März 1900 — also 16 Jahre — im Dienste der Gesellschaft, er hielt wegen andauernden unguiltigen Gesundheitszustands seine Entlassung und eine „einmalige außerordentliche Unterstützung“ von 400 M.

Der Aushelfer Wadst, vom 28. Februar 1887 bis 28. Februar 1900 — 13 Jahre — thätig, ist aus demselben Grunde mit einer einmaligen Unterstützung von 500 M. abgeschoben worden. Ein Fahrer D., vom 19. Mai 1889 bis 28. Februar 1900 — 11 Jahre — im Dienste, ist wegen unguiltigen Gesundheits mit 600 M. Schmerzens-geld entlassen. Wie viele in langjährigem Fahr- und Stalldienst rheumatisch gewordenen Leute beschiden, ist ihr Besuch um Ver-schäftigung im inneren Dienst abschlägig beschieden worden — ein leistungsfähiger Widerstand zu der Beschäftigung der Direktion, welche schreibt: „Im Gegenteile werden viele (Angestellte) lediglich nur aus dem Grunde noch beschäftigt und ihnen leichtere Posten angewiesen, um sie bis zur Schaffung der Pensionklasse zu halten und ihnen die Wohlthaten dieser Klasse demnächst zuwenden zu können.“

Der von den Angestellten der Straßebahn das Unglück hat, länger als acht Wochen krank zu sein, wird vor den Vertrauensarzt der Gesellschaft, Stadtsarzt Dr. Schwarz, citiert, der über „Sein oder Nichtsein“ entscheidet. Aber human wie die Direktion nun einmal ist — ohne Almosen läßt man die abgedackten, für die weitere Ausbeutung nicht mehr lohnenden Arbeitsbiemen nicht von dannen ziehen. Dreihundert bis tausend Mark „einmalige außer-ordentliche Unterstützung“ — je nach Stellung und Dienstzeit — das ist das Fundament, auf dem die „wegen andauernden unguiltigen Gesundheitszustands“ entlassenen Arbeiter sich eine neue Zu-kunft — Arbeit und Brot für die Familie — schaffen können. Jahrelange pflichttreue Arbeit und ein längliches Almosen — zwischen diesen beiden Polen bewegt sich das Leben der Straßen-bahn-Proletarier. Niemenneinkommen, durch Gehalt und Tantieme, für die Direktoren. — Eine fettspeckende für den Aufsichtsrat, — Glänzende Dividende für die Aktionäre. — Krantheit, Entlassung und Almosen für die Arbeiter. Das ist die Stufenleiter des segens-reichen Wirkens der Großen Berliner Straßebahn, die, nur um die Pflege kapitalistischer Interessen besorgt, die armen Opfer ihres Dienstes bei nachlassender Arbeitskraft brotlos machend, ihre sozialen Pflichten durch die Gewährung einer largen, einmaligen, außer-ordentlichen Unterstützung erfüllt glaubt. Wie freudig muß es sich nicht für solche Zukunft in Wind und Wetter arbeiten lassen!

Zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an Gemeindschulkinder hatten die Schulkommissionsvorsitzer in ihrer letzten Versammlung vom 20. Februar 1900 mit großer Mehrheit beschlossen, daß künftig jedes den Kindern von den Kommissionen gelieferte Buch mit einem Stempel zu versehen sei. Dieser Beschluß hat bei der Schuldeputation Bedenken erregt. Die Angelegenheit wird daher in der nächsten, am 15. Mai stattfindenden Versammlung noch einmal erörtert werden.

Der Aufsichtsrat des Asylvereins für Obdachlose hatte zum Freitagabend nach dem Rathause eine Sitzung anberaumt und zwar zu Ehren unsrer Parteigenossen Singer, der der Verwaltung des Asylvereins am genannten Tage 25 Jahre angehört hat. Uns selber ist über die Sitzung, wie begreiflich, kein Bericht zugegangen; die „Volks-Zeitung“ schreibt über die Feierlichkeit folgendes: Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Kreitzing, kennzeichnete die großen Verdienste, die sich Herr Singer in treuer, unermüdlicher Arbeit um die schönen Ziele des Vereins erworben habe, mit großer Wärme unter dem lebhaften und dankbaren Beifall aller Anwesenden und wünschte dem durch diese Ovation in höchstem Grade überausen Jubilar, daß er noch lange die Früchte seiner aufopferungsvollen Arbeit genießen möge. Alle Verwaltungsratsmitglieder gratulierten dem Jubilar herzlich, ihm namens der Hunderttausende dankend, denen das Asyl in ihrer bittersten Not Obdach gewährt habe. Nach der Sitzung fand die Feier eine Fortsetzung in den Sonderräumen des Rathauskellers, wo ein Festmahl vorbereitet war, an dem auch zahlreiche Damen der Mit-glieder des Verwaltungsrats teilnahmen. Hier widmete Herr Kreitzing von neuem der Thätigkeit Singers den Joll der Anerkennung und Dankbarkeit. Herr Singer erwiderte, daß seiner fünfundsiebzig-jährigen Mitarbeit für den Verein sei es das erste Mal, daß der Auf-sichtsrat hinter seinem Rücken eine Sache betrieben und in die Hand genommen habe; er sei um so überraschter von der ihm erwiesenen Freundlichkeit. Nicht ihm gebühre der Dank, sondern der gemein-samen freudigen Arbeit aller Verwaltungsrats-Mitglieder sei es zu-schreiben, daß der Asylverein so vielen Unglücklichen Trost und Hilfe bringen konnte, nicht minder aber dem wohlthätigen Sinn der

Bevölkerung, die immer bereit war, den Verein in seinem Wirken zu unterstützen. Ihm selbst sei allerdings im Laufe der Zeit der Verein und die ihm gewidmete Thätigkeit so ans Herz gewachsen, daß, wenn er einmal durch seine Gesundheit genötigt sein sollte, jeder öffentlichen Thätigkeit zu entsagen, er bis zuletzt dem Verein treu bleiben werde.

Der Redacteur der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“, Bruno Werner, ist am Sonnabendabend 6 Uhr beim Verlassen der Werkstatt verhaftet worden. Ueber die Konfis-kation der letzten Nummer dieser Zeitschrift haben wir bereits in der Sonntagsnummer berichtet.

Frau Agnes Sorma sollte nach einer Blättermeldung am Sonnabendabend bei der Heimfahrt aus dem Lessingtheater aus ihrem Wagen geschleudert worden sein. Wie von einer Korrespondenz mitgeteilt wird, ist diese Mitteilung fact aufgebaut. Nicht bei der Heimfahrt, sondern bei der Hinfahrt um 9 1/2 Uhr karambolierte das Gefährt der Frau Sorma dicht vor dem Theater mit einer Droschke, wobei das Pferd der letzteren stürzte und den Scharbaum abbrach. Frau Sorma sprang mit ihrer neben ihr sitzenden Kammer-frau aus ihrem Wagen heraus und kam mit einem leichten Schrecken davon, so daß sie sofort ihre Rolle spielen konnte. Jemand welche nachtheiligen Folgen hat sie von dem kleinen Unfall nicht davon-getragen.

Von einem Kollwagen überfahren wurde Montagnamittag vor dem Weichselischen Warenhaus in der Leipzigerstraße der 32 Jahre alte verheiratete Tischler Heinrich Eng aus der Köllnischen Straße 13. Ein Rad ging ihm über die Brust. Schwer verletzt wurde der Verunglückte von einem Schupmann mit einer Droschke nach der Charité gebracht.

Der Nord an der Gastwirtin Witwe Fielich in Al-t-Vuchhorst, der im August vorigen Jahres großes Aufsehen erregte, bleibt ungesühnt. Das Dienstmädchen Berla Schröder, das bei der alten „Mutter Fielich“ in Stellung war und nach geraumer Zeit als die Mörderin von einem Gendarmen ermittelt wurde, machte den Untersuchungsbehörden ungemein viel zu schaffen. Auf Grund eines ärztlichen Gutachtens ist das Verfahren gegen sie eingestellt worden. Das Mädchen ist, wie nach allem längst zu vermuten war, unheilbar geisteskrank und kann für die That nicht verantwortlich gemacht werden. Es wird einer Irrenanstalt als gemeingefährlich überwiesen.

Durch Zufall ist der Staatsanwalt Liebenow in die Lage gekommen, am Sonnabendabend auf offener Straße einen Tschendeieb bei der „Arbeit“ abfassen zu können. Er befand sich am gedachten Abend unter den Linden, wo sich vor dem Hause der Habel-schen Beinhändler eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Da sah der Staatsanwalt z. vor sich einen Mann, der sich in verdächtiger Weise an seinen Vordermann herandrängte. Er behielt ihn fest im Auge und als dessen Vordermann sich plötzlich um-drehte und erklärte, daß ihm jemand an seinen Taschen gewesen sei, hielt er den Verdächtigen, der im Ge-wühl verschwinden wollte, fest, wobei er sich als Staats-anwalt zu erkennen gab. Der Verdächtige bestritt jede verbrecherische Thätigkeit, doch wurde das Portemonnaie, welches er seinem Vorder-mann entwendet hatte, am Boden vorgefunden, auch zeigte es sich, daß er in seinem Röde sogenannte Diebestaschen hatte. Staats-anwalt z. ließ den Taschendieb durch einen Schupmann fixieren und auf der Wache konnte festgestellt werden, daß der Heiligennonne der wegen Taschendiebstahls schon mit 3 Jahren Jugendhaus vorbehaftete Maler Rischke war. Er befindet sich jetzt in Unter-suchungshaft.

Die Leiche des Schriftsehers E. Silberschmidt ist am Sonntag aufgefunden worden. Silberschmidt hatte demnach das Unglück, bei einer Audepartie, die am 2. Oftertag vom Audeklub in Vornau veranstaltet war, im Tröbsee bei Brandenburg a. H. zu ertrinken. Die Leiche wurde von Vater und Schwager des Er-trunkenen unweit der Anlaufsstelle aufgefunden; sie wird nach Nixdorf, dem Wohnort der Eltern des Verunglückten, gebracht werden. Der Tag der Beerdigung wird durch Inserat in unserm Blatt bekanntgegeben.

Von einem elektrischen Straßebahnwagen überfahren wurde Sonntagmittag ein unbelasteter junger Radfahrer an der Ecke des Kurfürstendammes und der Reibnitzstraße in Charlotten-burg. Ein Rad ging dem Unglücklichen über den Kopf und zermalmte diesen bis zur Unkenntlichkeit. Die Verwundlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde nach der Halle in Charlottenburg gebracht. Der Verunglückte war etwa 15 Jahre alt und trug ein graugrünes Jackett, eine graue Radfahrerhose, schwarze Strümpfe, ein graunrot gestreiftes wollenes Hemd und braune Segel-schuh; ferner zwei weiße Taschentücher, eines mit blauem Rand, und eine silberne Goldkette mit der Nr. 178 697 und Radelkette. Das Rad ist eine „Wagelle“ von Worgers und Vieler.

Selbstmord in der Kaserne hat ein Garde-Rittmeister von der 4. Eskadron verübt. Derselbe war der Sohn eines Stellmachers aus Groß-Lichterfelde, diente im dritten Jahre und war gut an-geschrieben, weil er im Dienste thätig war und sich als gelehrter Stellmacher vielfach nützlich machte. Gestraucht war er nur ein einziges Mal mit drei Tagen Arrest, weil er eines Abends über die Urlandszeit weggegangen war. Am Freitagabend ging er ohne Urlaub weg und war am Sonnabendmorgen noch nicht zu Hause, als die Eskadron um 7 Uhr zum Exercieren nach dem Tempelhofer Felde ausrückte. Eine Stunde später sah ein Mann nach, ob er mittler-weile gekommen sei und fand ihn nun in seiner Stube erhängt auf. Auf dem Tisch lag ein Zettel, auf dem der junge Mann seine Eltern um Verzeihung bat. Ueber die Ursache zu dieser That ver-lautet nichts.

Einer Gaserstickung ist schon wieder ein Dienstmädchen zum Opfer gefallen. Die 21 Jahre alte, aus Obornil gebürtige Stanis-lawa Wieladzka diente bei den Geschwister Marcuse, die in dem Hause Brezlauerstr. 20 ein Pensionat inne haben, und schlief dort in der Küche. Als sie gestern morgen nicht zur gewohnten Zeit auf-stand, sahen ihre Dienstherrinnen nach ihr und fanden sie in der mit Gas angefüllten Küche regungslos im Bett liegen. Der herbei-gescholtene Arzt stellte fest, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Untersuchung ergab, daß das Mädchen absichtlich, als es schlafen ging, vergessenen hatte, den Hauptkahn der Kochgasleitung zu schließen. Der Gummischlauch hatte dem starken Druck, dem er nun ausgelegt war, nicht ausgehalten und war gerplatzt. So konnte das Gas unter hohem Druck in großer Menge ausströmen.

Der elektrische Omnibus im Väderladen. Einen nicht geringen Schreck bekam gestern, Montag nachmittag, um 3 1/4 Uhr die Verkäuferin im Laden des Vädermeisters Albert Schmidt in der Dorosteenstr. 30 bei dem ungefüllten Weich eines seltsamen Cakes, der nicht nur mit der Thür, sondern sogar mit dem Schaufenster ins Haus fiel. Der elektrische Omnibus Nr. 653 kam vom Seltiner Bahnhof her und bog von der Friedrichstraße in die Dorosteenstraße ein, um von dieser nach der Charlottenstraße zu gelangen. Er hatte die Biegung schon genommen, und der Fahrer lenkte ihn behutsam nach der rechten Straßenseite hinüber. Mithin aber wurde die Dremse schadhast und nun ging der Elektrische durch. Ueber der Fahrer seine Richtung ändern konnte, war er schon auf dem Bürgersteig und mit einem großen Kladderbatsch drang er durch die Schaufensterscheibe in den Laden des Vädermeisters Schmidt ein. Die acht Jahrgäste, Damen und Herren, schrien laut auf, die Verkäuferin aber war vor Schreck seines Wortes mächtig. Vor der Ladeneinrichtung aber machte der Durchgänger Halt, so daß es bei der Betrümmung der großen Scheibe blieb. Verletzt wurde niemand. Nach einer Viertelstunde kamen Arbeiter und besetzten die Dremse wieder aus. Der Wagen legte dann seine Fahrt fort, aber ohne die früheren Fahrgäste, die einstweilen van dem „Elektrischen“ genug hatten.

Ein Riesencircus, die Varnum und Pailey-Schauftellung wird am 13. Mai von Hamburg nach Berlin transportiert werden, und hier vom 16. Mai ab am Kurfürstendam geöfnet sein. Der Transport erfolgt in vier Zügen von je 17 Eisenbahnwagen der Gesellschaft. Die Vorbereitungen auf dem Berliner Terrain sollen sich auf 120 000 M. stellen, die täglichen Unkosten des Unternehmens jedoch sollen 30 000 M. betragen. Die Vorstellungen werden in 12 Zelt-pavillons gegeben, von denen das größte 200 Meter lang ist und 15 000 Personen faßt.

Circusconcert. Fräulein Maria Burand, Frau Adele Weib, Frau Konstanze Schmidt, die Opernsängerin Fräul. Camilla Friebe, der Violinist Herr Hans Ruffenius und der Organist Herr Adolf Bolte ver-einigen sich mit dem Musikdirector Otto Dietel Mittwoch, den 9. Mai, mittags 12 Uhr in der Marienkirche zur Aufführung eines reichen Pro-gramms. Der Eintritt ist frei.

Radsport. Sonntag war in Friedenau großer Tag. Es galt das goldene Rad, das nach lebhaftem Kampf von dem über-legenen englischen Fahrer Taylor geholt wurde. Die deutschen Fahrer hielten sich nicht besonders und hatten auch unter aherhand Widerwärtigkeiten recht zu leiden. Selbstverständlich war bei dem schönen Wetter der Besuch des Rennens außerordentlich stark; man schätzte die Zahl der Zuschauer auf 10 000.

Rachstehend die Resultate: Friedenauer Hauptfahren Klasse C 1000 Meter. 50. 30. 20 R. Ding 1. Krause 2. Gahn 3. Zeit: 1: 41. — Friedenauer Hauptfahren Klasse B. 1000 Meter. 100. 50. 30 R. Albrecht 1. Peter 2. Schneider 3. Zeit: 1: 39. R. pl. Richter, Strud. — Friedenauer Haupt-fahren Klasse A. 1000 Meter. 200. 100. 50 R. I. Lauf: Seidl 1. Kaser, Hannover, 2. Arndt muß seinen sicheren Sieg kurz vor dem Ende durch Pneumatisches verlieren. II. Lauf: F. Vercheren 1. Münder 2. Entscheidung: Maher 1. Seidl 2. Münder 3. Zeit: 1: 50. Vercheren stoppt 100 Meter vorm Ziel ab. — Das goldene Rad von Friedenau 1 Stunde mit Schritt-machern. Dem Sieger eine goldene Medaille im Werte von 500 M. und 2000 M. Bar. 1200. 800. 500. 250 R. Taylor 1. 55,735 Kilometer. Walters 2. 54,250 Kilometer. Bonhours 3. 51,680 Kilometer. Lesno 4. 51,340 Kilometer. Kohl 5. 51,253 Kilometer. Köcher 6. 50,675 Kilometer. Binnemann 7. 47,365 Kilometer. Alle deutschen Records von 10 Kilometer an geschlagen. — Tandem-Gauppfahren: 2000 Meter. 150. 80. 50 R. Arndt, Dörheimer 1. Gahn. Ding 2. Maher. Hering 3. Zeit: 4: 57. Nicht placiert Münder-Maefer. — Motor-Fahren: 7500 Meter. 150. 150. 80. 40 R. Heimann 1. Motor Taylor 2. Motor Taylor 3. Motor Bonhours 4. Zeit: 6: 44. —

Treppe-Steinstarte. Der günstigen Beobachtungsgelogenheit wegen wird die Treppe-Steinstarte am Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. Mai, schon von mittags 1 Uhr an geöfnet sein. Es wird die Venus in ihrer Edelgestalt von 1 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends und der Mond von 8 Uhr abends bis 12 Uhr nachts mit dem Reflektirator gezeigt werden. Im Bedarfsfalle werden für die Besucher der Treppe-Steinstarte an diesen beiden Abenden Erstrawagen der Großen Berliner Straßebahn-Gesellschaft bis 1/2 Uhr nachts nach Berlin ab-gelassen.

Feuernachrichten. Zwei größere Brände beschäftigten am Sonntag die Wehr längere Zeit. Gegen Abend kam Herstr. 6a in der Eisenbahnerrei von Schöning aus nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das den Quergebäude beträchtlichen Schaden zufügte und mittels dreier Rohre abgelösch werden mußte. Gegen Mitternacht war Herstr. 21 in der Eisenbahnerrei von Gebrüder Arndt ein Schadenfeuer ausgebrochen, das eine einflüchtige Vöththätigkeit erforderte und ebenfalls erheblichen Schaden verursachte. Kallas-sträße 16 und Turmstr. 18 erfolgten keine Wohnungsbrände. In einem Lumpensteter war Geißwälderstr. 43 Feuer ausgekommen, das in Folge starker Verengung der Wehr viel zu schaffen machte, aber auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Alarmierungen nach Turmstr. 88 und Vorlingstr. 43 waren auf kleine Ladenbrände zurückzuführen. Gubyrstr. 46 hatte sich Schmirerl im Keller entzündet, doch konnte die Gefahr bald beseitigt werden. Ein brennender Teppich verursachte ein Ausbrüchen aus Cuhnsstraße 17. Montagsfrñh 8 Uhr erfolgte in der Reinickendorferstraße wieder einmal Unlug am öffentlichen Feuerwehler, wobei der Thäter leider wieder ent-kommen ist.

Aus den Nachbarorten.

Pankow-Schönhagen. Heute, Dienstag, Leiseabend bei Grob-kurt. Weitere Beipredung des Bürgerlichen Gefühls.

Charlottenburg. Die Vorlage, betr. Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung für städtische Arbeiter wird am Mittwoch in zweiter Lesung beraten werden. Der Ausschuh hat beschlossen, von emer Kaffe mit Verengungsleistungen der Arbeiter abzusehen. In Uebereinstimmung mit der ursprünglichen Vorlage soll den Arbeitern auch nach dem Ausshuhkontrag ein flagbares Recht zunächst nicht zustehen, doch wird der Magistrat in emer Resolution ersucht, später in Erwägung zu ziehen, ob denselben ein solches einzuräumen sei. Im übrigen hat der Ausschuh die Magistratsvorlage in einigen Punkten verbessert. Während der Magistrat für sich das Recht in Anspruch nahm, die ausgesprochene Bewilligung jederzeit für die Zukunft zu widerrufen, beantragt der Ausschuh, daß eine Entziehung einmal bewilligten Ruhe-ohns oder Restlosgelder nur durch Gemeinbede-fürh erfolg-soll darf. Ferner soll der Magistrat verpflichtet werden, in jedem Fall, wo er, trotzdem die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Bewilligung von Ruhegehalt bezw. Witwen- und Waisengeld ver-sagt, der Stadtverordneten-Versammlung Mitteilung zu machen. Diese Bestimmung soll eine gewisse Garantie dagegen bieten, daß etwa aus politischen Gründen die Rückbewilligung erfolgt. Eine weitere Aenderung des Ausschusses besteht in dem Zusatz, daß bei Berechnung der Witwengelder dem Verstorbenen etwa zustehende anderweitige Bezüge nicht in Abzug kommen. Im großen ganzen bedeuten die Beschlüsse des Ausschusses eine Verbesserung der Vor-lage. —

Schöneberg. Spurus verschwunden ist seit dem 23. April die bei dem Kaufmann Fröhlich, Herberstr. 1, wohnhaft gewesene Witwe Luise Schmidt, geb. Reppe, gebürtig aus Gumbinnen. Nach Aufsuche des B. ist dieselbe schwachmüdig und dürfte derselben ein Unglück zugefallen sein. — Aus städtischen Mitteln sind zwecks Errichtung einer Volksbibliothek 10 000 M. bewilligt worden. Diefelbe soll nimmie zum 1. Oktober d. J. eröffnet werden. — Befamlich haben die Schöneberger Gastwirte vor einiger Zeit be-schlossen, den Preis für den Mittagstich von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, da nicht nur alles teurer geworden, sondern sogar die Polizeifreien höher geworden seien. Troghem klagen dieselben über die Unemigkeit ihrer Kollegen und beabsichtigen deshalb die Ein-setzung einer Kontrollkommission, um eine bessere Durchführung der Erhöhung zu erzielen. —

Lichtenberg. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde die so lange verzögerte Einführung der im März ge-wählten Gemeindevorordneten endlich vorgenommen. Ueber die Gültigkeit der Wahlen der Genossen Grauer und Well entspann sich vorher noch eine Debatte, in der namentlich der bisher die dritte Wählerklasse vertretende Gemeindevortreter Koch die im Hinblick auf die klaren Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung schwer verständliche Ansicht vertrat, als Angesehener Jüng-ling derjenige gelten, der im ungetheilten Besitz eines Grundstücks sich befinde, einen Mitbestiter, wie Well, könne er nicht als An-gesehener betrachten. Dem Genossen Grauer sollten nach den Bestimmungen des Herrn Koch unrichtig abgegebene Stimmen gutgeschrieben worden sein, und so wünschte der Herr unter beiden Kandidaten noch nicht eingeführt zu sehen; er wollte viel-mehr das einschlägige Material von emer jängstliegenden Kommission nachprüfen zu lassen. Originell ist ja nun, daß betreffender Herr

